Deutsche Staat sich nach Osten oder Westen orientiert, ob er an der Konferenz des Garantiepakts und am Völkerbund teilnimmt. Sie hat darum an das Präsidium des Reichstages ein Schreiben mit der Forderung der sofortigen Einberufung des Reichstages zu dieser Frage gerichtet. Zu Donnerstag war der Aeltestenausschuß zur Beratung dieses Antrages einberufen. Es liegen hier noch keine Ergebnisse darüber vor, aber wie die Presse sich äußert, hat man nicht im geringsten die Absicht, sich in seiner Ruhe stören zu lassen. Die Vorbereitungen zu der Konferenz der Außenminister sind am Donnerstag vom Reichskabinett erledigt worden, und das genügt. Die Einladung zur Konferenz der Minister ist angenommen worden, und die Vertreter zu derselben hat man auch bestimmt. Außerdem hat man vorläufig nicht Lust, sich den parlamentarischen Antiparlamentarismus der KPD. vortragen zu lassen.

Was nun? Der Wind ist aus den Segeln genommen. Vielleicht wollte die KPD. gar positive Vorschläge unterbreiten, das wäre jammerschade, da hätte der Kapitalismus wieder einmal zu kurz abgeschnitten.

Dem Proletariat kann es ganz gleichgültig sein, ob sich das deutsche Kapital oder der Staat nach Osten oder dem Garantiepakt verschreibt. So und so führt es den Klassenkampf gegen die Staatsgewalt und die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es fragt nicht nur danach, ob der englische, französische, deutsche Privatkapitalismus oder der russische Staatskapitalismus ihm bessere Lebensmöglichkeiten gibt. Diese Lebensbedingungen im Kapitalismus sind ganz bedingte, die von den Schwankungen des Weltwirtschaftssystems bestimmt werden. Der Kapitalismus dieses oder jenes Staates ist nicht wegen seines guten Willens besser. Das Proletariat bekämpft nicht den schlechten Kapitalisten, sondern das gesamte kapitalistische System, in dem er als Klasse der Besitzlosen lediglich als Lohnsklave lebt. Dieser politische Kampf wird auch nicht von diesem oder jenem Entscheid des Reichstages abhängig gemacht. Die KPD. beweist darum durch ihren Antrag wieder, daß sie nicht proletarische Klassenpolitik treibt. Ihre Politik wird bestimmt durch die russische Staatspolitik, die als solche ein besonderes Interesse an den diplomatischen und parlamentarischen Vorgängen anderer Staaten hat. D. h. ihr Interesse hängt nicht am Parlament als solches, sondern an den wirtschaftspolitischen Fragen, die im Interesse der russischen Wirtschaft liegen, die für den Aufbau des russischen Kapitalismus, und den Zusammenhang zwischen Ost- und Westbourgeoisie von Wichtigkeit sind. Die Parlamentspolitik der KPD. in der Frage des Garantiepakts ist darum rein russische Diplomatie, bei der man noch zu untersuchen hat, ob Rußland als Staat den Kommunismus verkörpert und diesen als Staat imperialistisch über die Grenzen hinaus erweitern will und ob wir in diesem Falle die russische Staatspolitik als revolutionär zu betrachten haben. Diese Frage wird in den Betrachtungen über Rußland und die bolschewistische Politik geklärt werden.

### Die Monarchen in der republikanischen Freiheit

In Rußland haben die Bolschewiki wenigstens verstanden, ihren Monarchen das Garaus zu machen, während in der sozialdemokratischen „Errungenschaft" der Ebertrepublik die feudalistischen Adelsherren, die ehemaligen „von Gottes Gnaden" mit ihren Kriegsfeldmarschällen und an der Spitze den Leiter der „demokratischen" Republik, Hindenburg, mit ihren alten Würdenzeichen frei umherlaufen. In Karlsbort war Denkmalseinweihung. Das Denkmal galt den gestürzten Rennreitern, den Opfern des feudalen Sports. Die gesamte feudale Klique war versammelt.

Hindenburg, der Präsident der Republik, an der Spitze. Ferner die Heerführer des Massenmordens v. Kluck und v. Einem. Zu Ehren dieses großen Festes waren auch die Sprößlinge unseres Exmonarchen Eitel-Friedrich und Friedrich-Sigismund v. Preußen, erschienen. Sie sind eben alle Republikaner geworden, die, wenn es sein muß, ungeniert das Schwarzrotgold als Talismann vor den Massen einhertragen. Eine solche Revolution konnte eben nur in Preußen vor sich gehen. Was aber noch das Lustigste bei allem ist, die revolutionäre KPD. schützt diesen geheiligten Boden, der alles Unkraut wuchern läßt, als den geeigneteren für den Klassenkampf. Etwa, weil die ehemaligen Monarchen sich in dieser Republik als Schmarotzer vor jeder Verfügung sicher fühlen? Oder, weil das Proletariat im Interesse „seiner" Republik mehr arbeitet und weniger beanspruchen darf?

### Vom Proletarier — zum Bourgeois.

**München, 22. 9. (W. T. B.)** Das kommunistische Mitglied des Münchener Stadtrates, Schaur, hat seinen Austritt aus der kommunistischen Stadtratsfraktion erklärt mit der Begründung, daß in einer Funktionärsitzung der Kommunistischen Partei Beschlüsse gefaßt worden seien, die er nicht anerkennen könne. Die Partei verlangt die Rückgabe des Mandates entgegen der Ausgeschiedenen — dem er sich widersetzt. Denn die Futterkrippe ist auf 12 Jahre garantiert, vom Staat, auf Kosten der proletarischen Steuergroschen. Der Herr Stadtrat pfeift auf die Wähler, denn seine Position ist in der „Verstoßung verankert".

### Der Völkerbund für eine Wirtschaftskonferenz.

Der in Genf tagende Völkerbund nahm am Donnerstag zu einer Resolution Stellung, die die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz verlangt. Man begreift, daß alle politischen Experimente in den Widersprüchen der Wirtschaftskrise hängen bleiben. Nur durch diese Fragen ist die Existenz des Völkerbundes und die Illusion des Friedens bedingt. Alle Streitfragen des Völkerbundes finden nur eine bedingte, scheinbare Lösung. Sei es nun die Danziger Frage, oder die der Ost- und Westgrenzen, die Chinafrage, Marokko oder Mossul. Der Konfliktstoff und die Wirtschaftsfragen, die dem Imperialismus gegeneinander zuspitzen, sind nicht durch gute Pläne und die Phrasen der Abrüstung aus der Welt geschaffen. Hier fordert das System der Weltordnung seine Rechtfertigung und auch die gewünschte Wirtschaftskonferenz ist nur ein Mittel des Selbstbetruges.

## Wirtschaft

### Deutschlands Außenhandel im ersten Dawesjahr

#### Die Kehrseite der Auslandskredite.

Die Passivität der deutschen Außenhandelsbilanz hat sich im August weiter vergrößert. Die Ausfuhr ist weiter gesunken, die Einfuhr weiter gestiegen. Es ist dies die Kehrseite der Auslandskredite. Die deutsche Industrie hat durch ihre Zinsverpflichtung an Amerika ihre Produktion nicht steigern können, wie dies von allen Befürwortern des Dawes-Paktes erwartet wurde. Trotzdem die Industrie an das Ausland im Durchschnitt zu 80 Proz. des Inlandspreises verkauft, war die der Auslandskonkurrenz nicht gewachsen. Die Industrie produziert durch die Belastung der Kredite teuerer; außerdem gehen die Kreditnehmer vielfach die Verpflichtung ein, halbfertige Waren, Industriebedarf etc. hereinzunehmen. Durch die Kredite wird das kreditnehmende Werk wohl vielfach gefördert, andere Werke aber durch die Lieferungsverträge mit Kreditgebern geschädigt.

Die Passivität der Handelsbilanz ist im Prinzip noch nichts die Volkswirtschaft schädigendes, auch nicht unter allen Umständen das Sinken der Ausfuhr und das Steigen der Einfuhr. Die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz seit dem 1. Sept. 1924 aber weist deutlich zunehmende Krankheitssymptome auf. Das Sinken der Ausfuhr ist nämlich auf Fertigprodukte zurückzuführen, ebenso die ständige Einfuhr. Seit September 1924 betrugen Einfuhr und Ausfuhr in Millionen Mark (ohne Gold und Silber):

| | Einfuhr | Ausfuhr | Einfuhrüberschuß |
|---|---|---|---|
| September | 618 | 562 | 56 |
| Oktober | 847 | 610 | 237 |
| November | 1 034 | 641 | 393 |
| Dezember | 1 214 | 739 | 475 |
| Januar | 1 280 | 696 | 584 |
| Februar | 1 071 | 630 | 441 |
| März | 1 037 | 708 | 329 |
| April | 1 007 | 670 | 337 |
| Mai | 993 | 728 | 265 |
| Juni | 1 009 | 686 | 323 |
| Juli | 1 154 | 743 | 411 |
| August | 1 179 | 725 | 454 |
| 1. Dawes-Jahr | 12 443 | 8 138 | 4 305 |

Der Einfuhrüberschuß beträgt demnach für das erste Dawesjahr 4,3 Milliarden Mark.

Im Jahre 1913 wies die Außenhandelsbilanz nur ein Manko von 83,96 Millionen Mark auf im Jahre 1923 gar nur 0,18 Millionen Mark. Die Einfuhrsteigerung ist im 1. Dawes-Jahr viel größer als die Steigerung der Ausfuhr. Ein bedeutender Teil der Kredite sind also in den Konsum geflossen. Der Einfuhrüberschuß ist seit Mai d. J. in stetem Steigen begriffen. Besonders in den letzten beiden Monaten hat sich die Handelsbilanz wieder stark verschlechtert, nachdem sie sich zuvor etwas gebessert hatte. Die Einfuhrsteigerung, hauptsächlich der letzten Monate gewinnt eine größere Bedeutung als sie die obige Statistik ausdrückt, als noch die Einfuhr von Rohstoffen stark zurückgegangen ist und dafür die Einfuhr von Fertigprodukten umso stärker anstieg. In der Ausfuhr wieder zeigt sich das gegenteilige Bild. Es ist die Ausfuhr von Kohlen und Rohstoffen gestiegen und die Warenausfuhr ist zurückgegangen.

Das Manko, der Einfuhrüberschuß ist in der Hauptsache als Kredit stehen geblieben. Er muß verzinst werden. Rechnet man noch die Dawes-Anleihe von 800 Millionen an das Reich und die Summen an die Kommunen und an die Industrie hinzu, so kommt aus dem letzten Jahre eine Schuldensumme für die deutsche Wirtschaft hinzu von weit mehr als 5 Milliarden Mark. Mit Zinsen, Spesen, Provisionen etc. bedeutet das eine weitere Zinsverpflichtung von mindestens ½ Milliarde Mark jährlich. Dazu kommt im laufenden Jahre die erste Dawes-Rate Barzahlung (neben den Sachlieferungen) von 12 000 Millionen Mark.

Das deutsche Proletariat wird die Parole der Gewerkschaften „Mehr arbeiten weniger verbrauchen" im kommenden Jahre noch mehr beherzigen müssen als bisher — oder es muß sich seiner Aufgabe bewußt werden, daß es die Profitwirtschaft zu beseitigen und die kommunistische Bedarfswirtschaft zu verwirklichen hat.

## Ausland

### Die Politik der K. P. Dänemark

(Schluß.)

Welche Stellung nimmt nun die Sektion der Moskauer zu all diesen Fragen ein? Sie stellt sich voll und ganz (trotz verschiedener Lyngsie'scher Ohrfeigen) auf den Standpunkt der Einheitsfront. Ihr Vertreter (Vorsitzender des Verbandes der Kutscher) brachte eine Resolution ein, in der der „sozialdemokratischen" Regierung daß schärfste Mißtrauen ausgesprochen wird. Lyngsie erklärt, daß er es sehr bedauere, daß diese Resolution gestellt sei, doch da diese nun einmal vorliege, müsse er auch dafür stimmen und anbefahl diese zur Annahme. Alle übrigen folgen diese „Revolutionäre" getreu den von Moskaus Oberpriester erlassenen Parolen. Einheitsfront um jeden Preis. Auf der gewerkschaftlichen Linie folgen sie denselben Leuten bedingungslos in ihrer sozialverräterischen, reformistischen, oppurtunistischen und konterrevolutionären Linie um in gleichem Atemzuge dieselben Leute auf der politischen Linie mit den allerschlimmsten Schimpfworten zu überfallen. Früher für Industrieverbände, nach dem V. Kongreß dagegen, heute hört man bereits erneut einzelne Rufe für Industrieverbände.

In der Frage des Briefes der Ekki an die deutsche Partei nimmt die KPD. eine Stellung ein, die eine ekelhafte Liebedienerei gegen Rußlands Oberpriester zeigt. Welche Jubeltöne, als nach der Oktober-Niederlage ebendieser Ekki-Politik, die Brandler und Heckert dem „radikalen linken" Flügel der Ruth Fischer-Maslow welchen mußten. Und nun bekommen die eben in den Himmel gehobenen den Eselsfußtritt ihrer einstmaligen Freunde. Sie vollziehen an sich selbst eine Kastrierung, Bolschewisierung und Leninisierung, das sind die Schlagworte, mit denen jede Kursveränderung begründet wird. Kommunismus, Marxismus, das sind verpönte Bogriffe. Kann man von Leuten, die Parteidisziplin so auffassen, daß, wenn Moskau kommandiert, ein jeder überzeugte Kommunist (?) Selbstmord verüben soll. (Marie Nielsen in „Kommunistik Disciplin", Kommunistische Internationalen Nr. 9, 1924). Den geistigen Selbstmord vollziehen die Moskauer Eunuchen ja tagtäglich, den physischen zu vollziehen, mangelt es ihnen an Mut. Die Selbstkastrierung aber bezahlt sich ja so gut und ist erst der große Wurf gelungen, und in absehbarer Zeit die Einheitsfront mit den Sozialverrätern hergestellt (der gewerkschaftlichen Einheitsfront, wird umgehend auch die politische folgen), so eröffnen sich ja ungeahnte Möglichkeiten, ganz besonders wird ja die ökonomische Lage der kommunistischen Bonzen sich erheblich bessern und die Angst, daß die Parteibeiträge und der Zuschuß Moskaus nach Bestreitung der unumgänglichen Administrationsunkosten, die notwendig sind, den Apparat, mit denen ihre Existenz aufs innigste verknüpft ist am Leben zu erhalten, nicht auslangen wird um ihren Wochenlohn zu sichern, diese Angst wird dann verschwinden und die soziale Frage für ihren Teil ist dann so ziemlich gelöst. Man sieht, daß die Frage der Mitarbeit an der Befreiung der Arbeiter, für die Führer eine Magenfrage ist (für den allergrößten Teil, denn Ausnahmen bestätigen glücklicherweise auch hier die Regel.)

Zwei Angesichte zeigt uns die K. I. und deren Führer-Anhang. Da ist das Angesicht der radikal-revolutionären Frase unter ängstlicher Vermeidung jeder wissenschaftlich-theoretischen Begründung und Erläuterung der brennendsten Zeitfragen, jede, auch die leisesten Zweifel an der Richtigkeit der Ekki-Taktik abweisend mit der stereotypen Frase: „das hat uns Lenin gelehrt oder gezeigt; so handelte Lenin!" Ob Lenins Taktik für Rußland, Asien richtig war, glauben wir bezweifeln zu dürfen (die Erfolge — Neukapitalisierung Rußlands — bestärken unseren Zweifel), doch für die modernen Industrieländer ist diese Taktik verkehrt und unbrauchbar. Nur Stumpfsinn gedankenloser und unwissenschaftlicher Hirne kann diese „Leninistische" Taktik (wie diese nun von Sinowjew interpretiert wird, ist diese Taktik absolut nicht mehr die Taktik, die dem Wollen des Lenin entsprach, sondern eine Taktik, die von Sinowjew im nationalen Interesse des russischen Staates, dessen Neuaufbaues, planmäßig unter Wahrung der nötigen Vorsicht, Wahrung des Scheinrevolutionären, herbeigeführt wird und sich unter den Worten „Bolschewismus" und „Leninismus" ihr wirkliches Angesicht verbirgt, nämlich das Gesicht der Konterrevolution, dem Lenin — untergeschoben), für richtig anerkennen. Alles was in den letzten zwei Jahren des Lebens Lenins für Handlungen Lenins ausgegeben wurde, ist in Wirklichkeit Sinowjew'sche Arbeit. Lenin war damals bereits ein lebendiger Leichman und unter seinem Namen konnte man so bequem die „Neue Politik" in das „Neu-kapitalistische" Geleise verschieben. Der Autoritäts-Glaube der Massen, macht diesen Fälschern ja das Handwerk so leicht.

Das andere Angesicht zeigt uns das Antlitz der offenbaren Konterrevolution. Diese Seite des Doppel-Angesichts wird nun aber nicht offen zur Schau getragen, sondern tief verschleiert und ist nur dem wissenden und kritisch tiefer forschenden erkennbar, erkennbar nicht der großen Masse.

Hier ist es nun die Aufgabe der Vorhut der Revolution, diesen Schleier vom Medusenhaupte der Kommunistischen Internationale zu reißen. Wir sehen, wie die K. I. mit ihrer Parolen-Politik, ihren „Offenen Briefen", mit einer Schlammflut von Papier und Druckerschwärze die Hirne mit Wust zu füllen sucht, ein einfaches Proletarierhirn muß verwirrt aufhören zu denken (für das instinktive Fühlen, für dessen Weiterleben, sorgt das Kapital), und so weit gekommen, sind letztere das beste Objekt um sie in den Dienst jener nutzbar zu machen. Bezahle deine Beiträge pünktlich, sorge für die Erhaltung der Oekonomie der Sektionen der K. I., übe Disziplin, und führe die Parolen der K. I. in erster Linie, die Parolen der nationalen Partei in zweiter Linie aus, so erst hast du Anrecht auf den Namen eines „lenisierten" und „bolschewisierten" Kommunisten.

Die K. I. die mit besonderen Argusaugen über die Sektionen wacht, die in ihrem Bereich eine sogenannte sozialdemokratische „Arbeiter"-Regierung haben, gibt diesen ihre Anweisungen, die insbesondere von der dänischen „kommunistischen" Partei auf den Buchstaben erfüllt werden. Die Taktik der D. K. P. ist die einer Anbiederung an die Sozialdemokratie. Sofern der Wille seitens der Sozialdemokratie vorhanden wäre, wäre ein politisches Bündnis jener mit letzterer längst eingegangen. Doch hier hapert es. Die dänische Sozialdemokratie ist die, was Nachfolge der Massen angeht, die best fundierte der gesamten 2. Internationale.

Warum sollte diese wohl Ursache finden, mit dem Häufchen „revolutionärer" Biedermeier eine Kampfgemeinschaft für reformistische Ziele eingehen, da sie es doch ganz allein in Ruhe fertig bringt, die Arbeiterschaft in den Dienst der Ausbeuter zu spannen. Herr Stauning zeigte uns doch, wie oben beschrieben, wie man es machen muß.

Die einzige Aufgabe der D. K. P. ist und bleibt:

Das Proletariat Dänemarks von der revolutionären Erkenntnis der Notwendigkeiten des theoretischen und praktischen Klassenkampfes abzuhalten, Streit und Mißtrauen in die Reihen und mit dem revolutionären Klassenkampf sympathiesierenden Proletariats zu bringen, so einer Durchdringung der arbeitenden Massen mit Wissen und Erkenntnis für die Notwendigkeiten einer Selbstbefreiung entgegenarbeitend, im Interesse einer von Moskau diktierten Kadaver-Disziplin alle eine eigene Meinung habenden Mitkämpfer hinauswerfend, in jede andere revolutionäre Organisation ihre zersetzend wirkenden Keime sendend, um endlich diese zu zerschlagen. Dieses ist ein bewußt der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten, also ein Bündnis, stillschweigend, doch bered genug, mit der Ideologie und Taktik der II. Internationale, in seiner Endauswirkung jedoch revolutionär. Denn nichts fürchten die Bolschewisten so sehr wie den Ausbruch der Weltrevolution, denn diese könnte den nationalen Aufbau Rußlands stören, welcher abhängig vom ungestörten Funktionieren des westlichen Industriekapitalismus ist. Ein jeder Bolschewist ist zuerst — Russe — darnach Revolutionär.

### Baldwin im englischen Bergarbeiterkonflikt.

Baldwin entschied in der Streitfrage, die zwischen Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern über die Gültigkeit einer Lohnherabsetzung während der Subsidienzeit der Industrie entstanden war. Seine Entscheidung geht dahin, daß die Regelung den Bergarbeitern nicht die Lohnhöhe garantiert habe, sondern lediglich den Weiterbestand des letzten Lohnabkommens. Da nach diesem Lohnabkommen unter gewissen Vorbedingungen Kürzungen der Grundlöhne zweifellos vorgenommen werden können, ist die Entscheidung also insoweit gegen die Bergarbeiter gefallen, die die Rechtmäßigkeit einer solchen Lohnkürzung bestritten hatten.

### Streik in Indien.

Der Textilarbeiter-Streik in Indien gewinnt immer mehr an Umfang. 145 000 Arbeiter streiken in Bombay. Von 82 Baumwollspinnereien sind nur noch 5 in Tätigkeit. Die Unternehmer lehnen grundsätzlich jede Konzession ab.

### Die Gewerkschaftsführer in Seemannsstreik.

Den Führern des Seemanns-Verbandes dauert der englische Seemannsstreik in Australien schon wieder zu lange und wird auch zu sehr auf die Spitze getrieben. Die Konsequenz der Seeleute harmoniert nicht gut mit der Schlichtungspolitik dieser Führer. Nach WTB. hat der Präsident des Seemannsverbandes den Streikenden den Rat gegeben, das Anerbieten der Unternehmer anzunehmen. Die streikenden Seeleute haben jedoch dieses Anerbieten abgelehnt. Sie erklärten, sie würden keine Lohnkürzungen annehmen. Außerdem müsse man vorerst alle eingesperrten Seeleute freilassen. Wenn dieses Mittel zum Streikabbruch nicht geholfen hat, werden die Führer solange sinnen, bis sie ein neues entdeckt haben.

## Mitteilungen

**Achtung H.-A.**

Mittwoch, den 30. September, abends 7 Uhr, gemeinsame Sitzung mit dem Berl. A.-A. an bekannter Stelle. Die Genossen des alten und neuen H.-A. müssen vollzählig vertreten sein.

**Arbeitsausschuß der KAP. und AAU. sowie G. H.-A. der Partei und Reichsausschuß der AAU.**

Am Freitag, den 2. Oktober, abends 7 Uhr in der Schule kombinierte Sitzung. Die Mitglieder müssen vollzählig erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenbaert, Berlin O 17, Langestr. 78

6. Jahrg. Nr. 77

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

September 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 40)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

## Der Garantiepakt und die Arbeiterklasse

Der Auswärtige Ausschuß der Deutschen Regierung hat am 26. September getagt — und für den Garantiepakt sowohl wie für die Beteiligung an der Ministerkonferenz seine Zustimmung gegeben. Damit ist in der Frage des Westpakts, die im Vordergrund der kapitalistischen Politik schwebt, ein entscheidender Schritt getan. Von Woche zu Woche war der Westpakt der brennende Punkt für alle Konferenzen, für alle Politikanten und für die gesamte Presse. Die Frage steht z. Zt. als politischer Rettungsanker im Vordergrund der kapitalistischen Weltbühne und lenkt somit das Interesse nicht nur der beteiligten, sondern der gesamten Staaten auf sich, denn die Entwickelung der Politik wie auch der Wirtschaft der einzelnen Staaten wird mehr oder weniger durch einen Westpakt beeinflußt. Gleichzeitig ist es die Frage des Völkerbundes, die mit dem Garantiepakt eng verknüpft, der Angelpunkt der Zukunftspolitik ist.

Für uns ist die Frage des Garantiepakts nicht nur wegen ihrer Rolle in der politischen Entwicklung des Kapitalismus, als Grundlage einer neuen imperialistischen Politik, von Bedeutung, sondern weil sie von der II., sowie von der III. Internationale zu einer positiven Interessenfrage für das europäische Proletariat wird.

Beide Organisationen des Proletariats nehmen am Garantiepakt, einerseits dafür, anderseits dagegen, aktiven Anteil und treiben das Proletariat durch die Frage westliche oder östliche Orientierung einer rein bürgerlichen Politik in die Arme. Für uns gilt es zu untersuchen, wie sich das Proletariat als Klasse zu den kapitalistischen Garantiepaktfragen, den Versuchen einer imperialistischen Konzentration zu stellen hat. Der Garantiepakt bildet für die westeuropäischen Staaten, die durch den Krieg in ihrer wirtschaftlichen und politischen Position geschlagen und vernichtet wurden, den Versuch, auf dem Weltmarkt wieder eine wirtschaftliche und politische Sicherheit zu gewinnen.

In der Hauptsache dreht es sich darum, den Kampf um die Vormachtstellung gegenüber Amerika, — daß mit seiner kapitalistischen Entfaltung den Weltmarkt überflügelt und beherrscht und als erster Gläubiger gleichzeitig die größte politische Macht darstellt, — wieder aufzunehmen. Hierbei handelt es sich um den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, die Neuentfaltung des Warenmarktes, wie um die kapitalistische Vorbedingung in der Vormachtstellung gegenüber den Kolonial- wie Halbkolonialstaaten. Der Selbsterhaltungstrieb der gesamten Profitwirtschaft sucht, für den Konkurrenzkampf nach einer neuen Grundlage. Diese Grundlage soll für den europäischen Imperialismus in der engeren Konzentration der westeuropäischen Industriemächte geschaffen werden. Obwohl jeder einzelne Staat dieses Pakts auf dem Weltmarkt einen eigenen Existenzkampf führt, das gemeinsame Interesse der westeuropäischen Wirtschaft gegenüber Amerikas und dem aufstehenden Osten verlangt eine gemeinsame imperialistische Kampffront, wobei die staatlichen Eigeninteressen eingeordnet werden. Der Pakt soll in diesem Fall durch die Ueberbrückung der Eigeninteressen eine gegenseitige Sicherheit schaffen, womit eine gewisse Garantie des Friedens der westlichen Mächte bedingt ist. Dieser Frieden unter einander ist bei den kapitalistischen Wiederaufbauversuchen eine Notwendigkeit. Es ist der große diplomatische Betrug des Imperialismus, der die Widersprüche desselben, den Krieg im Frieden, verschleiern soll. Während man auf der einen Seite den Sicherheitspakt gründet, führt man auf der anderen den Krieg um die Kolonialmacht gegeneinander. Die Zuspitzung der Fragen des Krieges in Marokko, Aegypten und Kleinasien sind die Widerspiegelungen der englisch-französischen Interessen.

Was die Paktfrage für Deutschland anbetrifft, so ist es mehr eine politische Konzession gegenüber Englands und Frankreichs, als ein bestimmtes eigenes wirtschaftspolitisches Interesse auf den Weltmarkt. So sehr der deutschen Großindustrie die Konzentration der westeuropäischen Schwerindustrie zur Steigerung der Produktionsmöglichkeit gegenüber Amerika notwendig erscheinen mag, für eine weitere Entfaltung der kapitalistischen Entwickelung ist die Orientierung nach Rußland eher gewährleistet. Darum ist zu verstehen, daß die deutsche Industrie zwischen einer westlichen und östlichen Orientierung schwankt und die westliche Zusage mehr ein Produkt des politischen Existenzkampfes ist, ein Versuch, unter dem Mantel der gegenseitigen Sicherheit wieder eine politische Selbständigkeit zu erringen. Diese Konzession, die unter dem ungeheueren Druck durch die großen Schuldenlasten und die damit verbundenen Repressalien deutscherseits gemacht wird, schreckt natürlich vor einer gemeinsamen imperialistischen Kriegsfront nicht zurück. Das Kapital bestimmt eben seine Einstellung nach der Zweckmäßigkeit seiner nächsten kapitalistischen Lebensbedingungen, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei Blut fließt.

Wie hat sich nun die Arbeiterklasse zu diesen Fragen einzustellen? Die Sozialdemokratie geht von dem Gesichtspunkt aus, daß auf der Grundlage des Garantiepakts dem Proletariat neue Arbeits- und bessere Lebensbedingungen geschaffen werden können. Sie sieht im Völkerbund die Bedingung des Friedens und in den Bedingungen des westeuropäischen Friedens die Grundlage für neue Produktions- und Aufbaumöglichkeiten. Aus diesen Gründen ist sie für den Garantiepakt und für den Völkerbund. Die KPD. oder die III. Internationale sieht in dem Westpakt die imperialistische Konzentration, die sich gegen „Sowjet"-Rußland wendet, darum ist sie für die östliche Orientierung und gegen die Beteiligung Deutschlands am Garantiepakt. Ihre Einstellung ist in der „Roten Fahne" vom 26. September klargelegt.

Wie bei der Sozialdemokratie in der Bejahung des Garantiepakts steht auch bei der KPD. im Vordergrund ihrer politischen Propaganda für die Ostorientierung die Frage der aussichtsreichen Produktionsmöglichkeit, was für die Proletarier eine bessere Arbeitsmöglichkeit bedeutet.

In welchem Zusammenhang stehen diese beiden Einstellungen zu den Fragen des internationalen Klassenkampfes oder zur revolutionären Einstellung gegenüber dem Imperialismus? Zu beachten ist hierbei, daß der revolutionäre Klassenkampf nicht die nationale Befreiung oder Verteidigung, die Steigerung der Wirtschaft und die damit verbundene Arbeitsmöglichkeit als Ziel hat, sondern die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Lohnsklaverei überhaupt und damit verbunden die Zertrümmerung des nationalen Staates. Wenn nun die Sozialdemokratie die Arbeitermassen für den imperialistischen Garantiepakt einspannt, so vertritt sie damit in keinem Falle die Interessen der Arbeiterklasse, selbst wenn der Garantiepakt eine Produktionssteigerung nach sich ziehen würde. Die Steigerung ist in diesem Falle lediglich für einzelne konzentrierte Industriezweige zu verzeichnen, und zwar nur auf Kosten einer gesteigerten Ausbeutung. Die Schuldenlasten werden durch den Pakt keineswegs gestrichen, denn England so wenig wie Frankreich und Belgien können darauf verzichten. Im anderen Falle bildet das Proletariat aber das Kanonenfutter für die imperialistischen Interessen. Was bedeutet nun die Einstellung der KPD. zu dieser Frage? Sie ist in der „R. F." vom 26. September folgendermaßen präzisiert:

> „Deutschland steht vor einer wichtigen Entscheidung: Entweder Verständigung mit Rußland oder Werkzeug des britischen Imperialismus.... Die Verständigung mit Rußland würde bedeuten Sicherung der nationalen Selbständigkeit, gegenseitige wirtschaftliche Hilfe, Getreide- und Rohstofflieferungen aus Rußland, Lieferungen deutscher Fabrikate nach Rußland und damit Ueberwindung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, Hebung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung und Stärkung ihrer Kaufkraft.

Des weiteren soll die Ostorientierung nach demselben Artikel gegen die wirtschaftlich und politisch zerrütteten Verhältnisse Englands und Frankreichs gerichtet sein. Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß es sich nicht um die politischen Fragen des internationalen Klassenkampfes, sondern um die der nationalen Selbständigkeit Deutschlands in Verbindung mit der wirtschaftspolitischen Fragen Rußlands handelt. Daß es sich weiter darum dreht, der deutschen Wirtschaft Lebensmöglichkeit zu geben. Nehmen wir an, daß in Rußland Kommunismus oder die Herrschaft des Proletariats wäre — in Deutschland besteht aber die Tatsache, daß die Wirtschaft sich in den Händen des Kapitals befindet — so steht die Frage im Vordergrund, ob die Ostorientierung im Interesse des deutschen Proletariats oder der Bourgeoisie liegt. Die Antwort ist nicht schwer. Auch hierbei wird lediglich das Interesse des deutschen Kapitals vertreten, denn nicht das Proletariat, sondern das Kapital ist der Nutznießer der Steigerung der Produktion. An der Klassenlage des Proletariats wird nicht das geringste geändert, denn die Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse bleiben trotz der Auffrischung dieselben. Hierbei ist noch zu beachten, daß die Industrieentwicklung Rußlands immer mehr im Sinne des Kapitalismus vor sich geht, was die Frage des Klassenkampfes noch mehr verschiebt, denn es sind nicht die Proletarier, sondern die russischen Industrieinteressenten, die eine Ostorientierung zu ihrer 3. Internationale und die KPD. beeinflussen. Diese Einstellung zum Garantiepakt liegt also nicht im praktischen Interesse der Arbeiterklasse, sondern der deutschen- und neuen russischen Bourgeoisie. Die Frage kann für das Proletariat auch nicht heißen Moskau oder Krieg, denn die imperialistische Entwicklung, die zum Krieg führt, hängt nicht von Moskau ab, denn die russische Politik ist nicht Internationalismus, sondern eine bestimmte imperialistische Zuspitzung der Ost- und Westmächte. Das Proletariat hat sich nicht nach Osten oder Westen zu orientieren und in diesem Sinne die Frage des Garantiepakts zu behandeln, es hat sich gegen die ganze kapitalistische Politik und die Möglichkeit eines imperialistischen Krieges als Klassenfront aufzurichten. Seine Aufgabe ist, die politische Frage der Weltrevolution und diese Aufgabe hat es organisatorisch als Klasse einzuleiten.

### Tschitscherin in Warschau

Während vor kaum 8 Tagen die polnische Reaktion von der „Roten Fahne" noch in Grund und Boden verdonnert wurde, hat die russische Regierung nun wahrscheinlich darüber eine andere Meinung bekommen. Ihre diplomatischen Beziehungen haben wenigstens einen anderen Kurs eingeschlagen. Es ist eben wie jeder andere Staat ein Staat, und der braucht zu seiner Politik weniger eine politische Klarheit, am allerwenigsten aber die Politik des Klassenkampfes, sondern vorerst erst die Diplomatie, die Staatskunst, mit der man mit anderen kapitalistischen Staaten in Beziehungen treten kann. Tschitscherin, der große Diplomat Rußlands hatte nun am Sonnabend die Ehre, mit allen Zeremonien in Warschau den Schauplatz der verschrieensten Reaktion einzuziehen. Ein Sonderzug war für diesen Einzug zur Verfügung gestellt worden, und die Begrüßung bietet nicht das Bild einer Kriegserklärung, so wie sie noch vor kurzem in der KPD.-Presse gewünscht wurde, sondern das Bild eines brüderlichen Einverständnis. Hier spricht ja nicht der Vertreter des Klassenkampfes im Namen des Proletariats gegen die Reaktion der polnischen Justiz vor, sondern Tschitscherin als Diplomat im Interesse der russischen Staatspolitik. Der Garantiepakt steht auf dem Spiel und Rußland sucht nach Bundesgenossen. Die Beziehungen zu Frankreich sollen über ein Bündnis mit Polen wieder eingeleitet werden. Zum mindesten will man England gegen Frankreich ausspielen. Es ist eben Diplomatie, die von Rußland getrieben wird, die damit charakterisiert ist, daß man wenig danach fragt, mit wem man ein Bündnis schließt. Die Arbeiterklasse kann sich hieran ein Beispiel nehmen.

### 800 Mann bei den Daimler Motoren-Werken entlassen.

Die Daimler-Werke in Stuttgart-Untertürkheim, die vor etwa 4 Wochen erst 1500 Arbeiter auf die Straße setzten, haben nun wieder 800 Mann entlassen müssen. Die Firma, die mit ihren Mercedes-Wagen auf den Rennplätzen sich Ruhm errungen hat, wird über kurz oder lang als Abbruch heimgeborten. In dem Werk sollen die miserabelsten Verhältnisse vorherrschen.

# Kongreß von Scarborough

Der letzte britische Gewerkschaftskongreß bedeutet nicht nur in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung einen entscheidenden Wendepunkt, sondern wird auch im Weltmaßstab erhebliche Auswirkungen hervorrufen. Die Stellungnahme der Trade Unions bedeutet eine starke Politisierung der gewerkschaftlichen Bewegung. Sie wollten sich nicht mehr in das Schleppotau der Labour Party mit ihrem liberalisierenden Einschlag nehmen lassen. Der bisher völlig vernachlässigte Klassenkampfgedanke ist immer mehr in den Vordergrund getreten, so daß in allem Ernst eine Trennung der Büros der Gewerkschaften und der Labour Party, die bisher eine gemeinsame Arbeitszentrale und gemeinsame Studien- und Propagandaabteilung hatten, in Erwähnung gezogen wurde. Diese Emanzipierung ist für die englischen Gewerkschaften eine Existenzfrage. Außerlich kam dies schon zum Ausdruck, daß sich die Gewerkschaften häufig in scharfer Opposition zur Labour-Regierung Macdonalds befinden haben. Die Entwicklung der englischen Wirtschaft mit ihrer jahrelangen hohen Arbeitslosenziffer, mit der industriellen Krise und zuletzt mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des wichtigsten englischen Produktionszweiges, der Kohlenbergwerke, hat das Proletariat gezwungen, sich mit der Lage des Kapitals gründlicher zu befassen. Die immer mehr passiv werdende englische Handelsbilanz hat der englischen Arbeiterpartei gezeigt, daß der Höhepunkt der Aufwärtsbewegung überschritten ist. Die sich mehrenden Versuche des englischen Kapitals, die Löhne herabzusetzen, hat ihr zum Bewußtsein gebracht, daß sie nur durch rücksichtslosen Kampf gegen das Kapital ihre Position halten kann. Das Ergebnis der Teilnahme an der Regierung brachte ihr den Beweis, daß ein weiteres Arbeiten auf kapitalistischer Grundlage und mit parlamentarischen Mitteln unter Achtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine Verbesserung der Lage des Proletariats bringen konnte. Sie hat auch nicht vermocht, den Zusammenbruch der englischen Wirtschaft aufrecht zu erhalten und war in ihrem Handeln vollkommen abhängig von den kapitalistischen Mächten.

Die englische Arbeiterschaft fühlt, daß der wirtschaftliche Kampf mit schärferen Mitteln geführt werden muß und daß im Parlament nicht die Entscheidung fällt. Es haben sich aus dieser Erkenntnis 2 Richtungen gebildet. Die eine verneinte überhaupt die Notwendigkeit einer Beteiligung am Parlament und verlangte eine intensivere Einstellung auf den Kampf um bessere Lebensbedingungen. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsführer sollte nicht durch die parlamentarische politische Betätigung absorbiert werden. Von der anderen Seite wurde diese unpolitische Einstellung scharf bekämpft und der Mißerfolg nur auf die wenig aktive Form der Macdonaldregie zurückgeführt. Es wurde die Forderung einer anderen politischen Führung und anderer Führer aufgestellt. Wegen der Notwendigkeit einer geschlossenen Kampffront sollten die 2000 Gewerkschaften zu einer einzigen geschlossenen Einheit zusammengefaßt werden. Ein dahingehender Antrag wurde zwar abgelehnt. Die Tatsache, daß dieser Gedanke ernstlich erwogen wurde, zeigt aber, daß die englische Arbeiterschaft sich der Rückständigkeit der beruflichen Gliederung sehr wohl bewußt ist. Diese starke aktive Form der englischen Gewerkschaftsbewegung ist nicht ohne Wirkung auf die Labour Party geblieben. Sie hat die radikalere Wheatlyrichtung sehr gestärkt. Es ist dadurch auch die Trennung von der Partei vermieden worden.

Die Gewerkschaften in England sind umgekehrt wie in Deutschland der treibende Faktor in der Arbeiterbewegung. Während die deutschen Gewerkschaften sich jeder radikaleren Bewegung entgegenstemmten und die stärkste Stütze des rechten Flügels bildeten, sind die englischen Trade Unions, welche früher nach ihrem eigenen Bekenntnis die Leibgarde der bürgerlichen Gesellschaft und Gegner der sozialistischen Bewegung waren, jetzt die Verfechter des sozialistischen Gedankens im Gegensatz zur Labour Party. Diese, welche sich völlig in materieller Abhängigkeit von den Gewerkschaften befindet und bisher ihr politischer Einpeitscher war, soll jetzt ihr politischer Exponent werden. Der jetzt in Liverpool beginnende Parteitag der Labour Party wird eine klare Stellungnahme bringen. Das Arbeitsprogramm der Partei wird ein gewisser Reflex der Bewegung in den Trade Unions sein. Wie weit der Einfluß der rechten Führer eine Verwirklichung sabotieren wird, ist eine andere Frage. Die englische Bourgeoisie entfaltet jetzt gegenüber dieser radikaleren Bewegung eine unglaubliche Progrohmetze. Sie wird noch verstärkt durch die Stellungnahme der Gewerkschaften gegenüber Sowjetrußland.

Die Kommunistische Partei Englands hat eine sehr geschickte Propaganda zu Gunsten Rußlands entfaltet und es ist ihr gelungen, die englische Arbeiterbewegung für Rußland zu gewinnen. Besonders die Gewerkschaften haben durch Entsendung von Delegationen nach Rußland ihr Interesse für die russische Entwicklung gezeigt. Die Kommunisten haben innerhalb der Gewerkschaften freie Entfaltungsmöglichkeit, während sie zu der Labour Party nicht Zutritt haben. Sie arbeiten aber in beiden Organisationen, um von innen heraus zu revolutionieren. Charakteristisch ist aber, daß sie nicht die Zellentaktik verfolgen, sondern noch ohne besondere Organisationsformen auskommen. Die Sympathie der Massen für die Tätigkeit der Sowjets äußert sich so begeistert, wie wir es in den ersten Jahren nach der russischen Revolution ebenfalls erlebt haben. Swales, der Vorsitzende des Kongresses, rühmte die Errungenschaften der Arbeiterrepublik und stellte die Forderung an die englische Bourgeoisie, sie sollte den Wiederaufbau Rußlands mit allen Mitteln fördern. Er verlangte sogar die Gewährung von Handelskrediten. Was kann das Herz mehr verlangen!

Das Kapital soll uneigennützig den Arbeiterstaat unterstützen. Die Naivität dieser revolutionären Politik ist vollkommen offensichtlich. Es muß aber auch gesagt werden, daß die russische Propaganda die Wirkung gehabt hat, daß in der Stellungnahme der englischen Arbeiterschaft zum imperialistischen Problem eine erhebliche Wandlung eingetreten ist. Der Gewerkschaftskongreß hat in seiner Resolution zum Ausdruck gebracht, daß sich die ganze britische Gewerkschaftsbewegung über die Revolten der chinesischen Arbeiter gegen die menschenunwürdigen Zustände freue und die Grausamkeiten der britischen Unternehmer aufs schärfste verurteile. Es ist dies gegenüber der früheren Stellungnahme der Gewerkschaften ein erheblicher Fortschritt, weil er im Grunde eine schärfere Betonung des internationalen Klassenkampfes enthält. In einer besonderen Resolution werden allerdings ganz offen die Grundgedanken der antiimperialistischen Einstellung klar gelegt. Es heißt ausdrücklich, daß die Beherrschung nicht britischer Völkerschaften durch die britische Regierung eine Form kapitalistischer Ausbeutung darstelle, die zum Zwecke hat, dem britischen Kapital billige Rohstoffe und billige, weil unorganisierte Arbeitskräfte zu liefern sowie — da liegt der Hase im Pfeffer — die Konkurrenz dieser Arbeitskräfte dazu benutzen, die Lebenshaltung der Arbeiter in Großbritanien herabzudrücken.

In Anlehnung an die alte Parole des Selbstbestimmungsrechts der Völker wird die Unterstützung der Bildung von Nationalstaaten gefordert. Insoweit läuft auch die englische Gewerkschaftsbewegung vollkommen im Fahrwasser der dritten Internationale, welche die Bildung von Nationalstaaten als eine Notwendigkeit und eine nicht zu überspringende Stufe für die Revolution betrachtet.

In derselben Linie liegt die Stellung der Gewerkschaften zum Dawesplan. Sie nehmen nur gegen die in dem Dawesplan liegende Verschlechterung der Lage der englischen Arbeiterschaft Stellung. Sie wollen den deutschen Arbeitern in jeder Beziehung beistehen, ihre Lebenshaltung zu verbessern. Es sollen auch Maßnahmen getroffen werden, damit die Gewerkschaften im internationalen Maßstab für die Nichtanerkennung des Dawesplanes wirken können. Man sieht auch hier, daß die ganze Bewegung noch nicht die liberalen Fierschalen durchbrochen hat und daß man von den kapitalistischen Regierungen immer noch Hilfe und Unterstützung der Arbeiterinteressen verlangt. Die wichtigste Entscheidung ist aber die Stellungnahme der englischen Gewerkschaften zur Aufnahme der russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer Internationale. Sie verlangen, daß der internationale Gewerkschaftsbund alle Gewerkschaften ohne Rücksicht auf ihre politischen und sozialen Ansichten zu umfassen hat, sie wollen den russischen Gewerkschaften auf diese Weise den Eintritt in den Internationalen Gewerkschaftsbund, welcher jetzt von der Sowjetmacht angestrebt wird, verschaffen. Dieser Vorstoß der Russen zeigt am besten, daß die Verbrüderung mit den Sozialdemokraten aller Schattierungen nur eine Frage der Zeit ist.

Wegen dieser Stellungnahme hat auch die „Rote Fahne" der englischen Arbeiterbewegung das Lob gespendet, was seiner Zeit Marx ausgesprochen hat. Sie ist für die III. Internationale „die Preisfechterin des Klassenkampfes geworden". Sie wird auch als die vorwärtstreibende Kraft der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Internationale gewürdigt. England ist jetzt Trumpf in Moskau. Dies erklärt sich auch ohne weiteres aus der wirtschaftlichen Lage Rußlands, die wir schon früher bei Behandlung der „östlichen und westlichen Orientierung" aufgezeigt haben.

Wir müssen diese Entwicklung der englischen Arbeiterschaft genau verfolgen, denn ihre Einstellung und Tätigkeit wird für die weitere Entwicklung des westlichen Kapitalismus von erheblicher Bedeutung sein.


**PROLETARIER Nr. 10**

ist soeben erschienen

Preis des Heftes 0.50 Mark

Aus dem Inhalt: Die Weltwirtschaft der Zukunft. — Die Krise der III. Internationale. — Freihandels-Hausierburschen. — Die Zollfrage und die Arbeiterklasse. — Hinter den Kulissen der politischen Polizei. — Bücher. — Notizen. — Bibliographie.


## Entfaltet erhöhte Propaganda

# Bolschewismus gegen Kommunismus

Bolschewismus und Kommunismus war einst dasselbe. Bolschewismus hieß der Schritt von der Theorie zur Tat, hieß in vorderster Reihe stehen des kämpfenden Proletariats. Bolschewismus wurde zum Pland an dem sich Sterbende aufrichteten und von neuem zur Waffe griffen. Bolschewismus hieß politisch Umsturz, Zertrümmerung der Nationen, Ausrottung der Staatsidee, des nationalen Gedankens, hieß Revolution, Erleuchtung der Gehirne, hieß Klassenerkenntnis, Selbstbewußtseinsentwicklung.

Bolschewismus hieß einst Todfeind der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Bolschewismus bedeutet heute auf der ganzen Linie das Gegenteil. Bolschewismus heißt heute Konterrevolution, heißt kapitalistischer Aufbau, heißt Ausrottung jedes selbständigen proletarischen Denkens. Bolschewismus heißt heute eine neue Religion. Schaffung neuer Götter, heißt Unterordnung und Disziplin, heißt Knechtsinn, Bolschewisierung heißt Tötung jeder geistigen Regung. Bolschewismus heißt Kadavergehorsam. Bolschewismus und Kommunismus scheiden sich heute wie Feuer und Wasser.

Bolschewisierte Parteien rühmen sich heute, die nationalsten zu sein. Nation aber heißt Kapitalismus.

Als revolutionäre Partei, als die einzige revolutionäre Partei, als marxistische Organisation dürfen wir uns nicht mit dieser Feststellung begnügen. Wir haben das dialektisch aufzurollen. Nachzuweisen, warum das so ist. Warum das nicht anders sein kan, wenn — eine revolutionäre Partei die Regierung übernimmt in einem kapitalistischen Staat. Wir müssen auch aus diesem Vorgang die Lehre ziehen. Die Lehre für kommende Ereignisse.

Den bolschewistischen Staatskapitalismus verstehen, bedinet, die russische Revolution aufrollen bis an ihren Ausgangspunkt.

Ende der achtziger. Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, war Rußland noch ausschließlich Agrarstaat; die Industrie hatte überhaupt keine Bedeutung im Staatshaushalt. Die begimnende Industrialisierung der amerikanischen Landwirtschaft, der Uebergang der russischen Nachbarstaaten zur intensiven Bodenkultur, Mißernten in Rußland selbst bewogen es, der stürmisch fortschreitenden Kapitalisierung des europäischen Westens zu folgen und dem Staatswesen eine Industrie einzuplanzen. Notgedrungen mußte Rußland mit moderner Technik und Großbetrieben beginnen. Von einem nennenswerten Transportapparat war in Rußland nicht die Rede. Einige Schienenstränge in dem Riesenreich, das war alles. Dies war aber auch die Ursache, die russische Industrie nicht an die Rohstoffquellen (die übrigens auch nicht erschlossen waren) sondern an die Schienenstränge, an die wenigen Häfen zu verlegen. Dies bedang von vornherein, daß nicht russische, sondern ausländische Rohstoffe verbraucht wurden, ja, selbst Kohlen aus England und Belgien eingeführt werden mußten.

Die zu plötzliche Installierung einer Großindustrie, in einem Maße, daß weit über die russische Finanzkraft ging, bedang die übermäßige Aufspannung der primitiven russischen Steuerkraft. Maschinen, Werkzeuge, Baustoffe mußten aus dem Auslande eingeführt werden. Selbst Techniker kaufmännische Leiter, qualifizierte Arbeitskräfte. Das verschlang Riesenkapitalien. Das Staatswesen hatte das Großagrariertum in den Händen. Zum Bezahlen war niemand da als die Bauernschaft. Die rückständige mit primitiven Mitteln arbeitende russische Bauernschaft wurde mit einemmale übermäßig angespannt. Die Bauern wurden ausgepreßt, um eine Industrie zu errichten. Die eingeführte Industrie und Industriestoffe mußten mit Agrarprodukten bezahlt werden. Die plötzliche Steigerung der agrarischen Ausfuhr drückte die Preise für die russischen Landesprodukte. Der Bauer mußte arbeiten, abliefern, trotz größerer Anstrengung und vermehrter Produktion mußte er mehr darben. Die Steuerschraube wurde rigoros angespannt, denn die vielen bei der Steuerabhebung und bei der Ausfuhr der Agrarprodukte beteiligten Instanzen wuschen sich gehörig die Hände in dem bäuerlichen Schweiß und Blut. Das Bauerntum verarmte. Der Glaube an Väterchen Zar begann zu schwanken.

Transportmöglichkeit für die russische Industrieproduktion nach dem Inneren des Landes fehlte. Durch die sinkenden Preise für Agrarprodukte bei steigenden Steuern wurde die geringe Kaufkraft noch mehr zerstört. Die russische Industrie mußte für den Weltmarkt arbeiten. Die russische Finanzkraft der verarmten Bauern reichte nicht aus, die stark vom Staate bevorzugte, bevorrechtete und begünstigte Industrie zu erhalten. Das Ausland wurde für sie interessiert. Es wurde eine Obligationsanleihe aufgelegt, die der Staat garantierte und im Ausland unterbrachte. Voraussetzung und Folge war eine Zerrüttung der staatlichen Finanzwirtschaft. Das Gold wurde aus den Verkehr gezogen, es wurde ein Goldstock gebildet als Garantie-Unterlage für die Industrie-Obligationen. Die Notenpresse begann zu arbeiten, fabrizierte „Geld" für den inneren Markt. Der Rubel und die Kaufkraft wurden weiter zerstört. Die Agrarier regierten, die Industrie wurde unterstützt, die Bauern mußten bezahlen: Steuern für die Industrie, Steuern für den verstärkten Staatsapparat, die Zinsen für die in der Industrie investierten Anfangskapitalien und für die Obligationen. Das Bauerntum wurde ausgeplündert bis zum Weißbluten. Der Bauer kam an den Bettelstab. Die Agrarproduktion ging zurück, während die Bedürfnisse stiegen. Der Muschik mit seinem religiösen Kinderglauben an Väterchen Zar wurde Rebell.

Das Erscheinen Rußlands auf dem Weltmarkt bedang eine Verstärkung von Heer und Flotte, die Polizei mußte verstärkt werden, um die rebellierende Bauernschaft zur „Ruhe und Ordnung" zu „machen". Der größere Finanzbedarf verlangte einen vergrößerten Steuerapparat. Die Bauernschaft wurde mit einer raffinierten Steuertechnik ausgequetscht und durch die Staatsorgane brutalisiert. Hungersnöte waren die Folge. Der sanfte, religiöse Muschik wurde Staatsfeind.

In Rußland wurde schon zu dieser Zeit mehr sozialistische Literatur konsumiert als in westlichen europäischen Ländern. Marxistische Literatur wurde, größtenteils illegal, in Riesenauflagen plaziert. Die Schriften des damals revolutionär-marxistischen Kautsky erlebten in Rußland die größten Auflagen. Hochschüler, Studenten, Intellektuelle waren die Abnehmer. In den neuen Industriezentren, wo sich die ausländische Intelligenz mit den von Haus und Hof vertriebenen proletarisierten Bauern zu proletarischen Massenquartieren zusammenballten, wurde aus der Theorie des militärischen individuellen Terrors der Klassenkampfgedanke wachgerüttelt. Die Industriezentren wurden zu revolutionären Brandherden. Industrieproletariat und die vom Bauern zum Landproletarier hinabgesteuerten Landpächter hatten das gleiche Interesse, die bestehende Ordnung zu stürzen.

Die Revolution von 1905, als Folge des Krieges Rußland-Japan wurde blutig niedergeschlagen. Der „absolute" Zarismus, d. h. die herrschende Schicht der Landmagnaten hätte sich ein demokratisches Mäntelchen um. Das Volk bekam das Parlament, die „Selbstregierung" — bis die Revolution liquidiert, die herrschende Kaste die Zügel wieder fest in der Hand hatte. Ausbeutung und Bedrückung wurden noch stärker, die revolutionäre Bewegung bekam neue Nahrung. Die Sozialdemokratische Partei wurde desto reaktionärer, je mehr die revolutionäre Bewegung erstarkte. Bolschewiki trennen sich von ihr und übernahmen die Führung der revolutionären Bewegung. Das unentwegte Festhalten an den revolutionären Grundsätzen durch alle Verfolgungen von rechts und „links" das prinzipielle Vorantragen des Sturmbanners über alle Niederlagen verschaffte den Bolschewiki jenen guten Namen, von dessen Ruhm sie noch heute zehren. Die bolschewistische Partei wurde durch Verfolgung und Ueberwucherung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Opportunismus so klein, daß sie buchstäblich in einem Kerker des Landes gefahren werden konnte. Von ihren kommunistischen Grundsätzen wichen sie keinen Finger breit ab. Bolschewismus hieß Bannerträger der Revolution. Bauern und Industriearbeiter blickten auf das kleine Häuflein als auf die Erlösung aus der feudalistisch-kapitalistischen Hölle.

Die Bewegung wurde überrascht von dem Krieg und unterbrochen. Bauerntum und Proletariat hofften Erlösung aus einem Siege der Entente und Rußlands. Nicht die Bolschewiki. Als Marxisten sahen sie als Kriegsfolge die Revolution.

# Politische Rundschau

## Der italienische Gewerkschaftsbund für den Faschismus

Bekanntlich machte Musolini die faschistischen Gewerkschaften zu Staatsorganisationen und erklärte die freien Gewerkschaften und alle nicht faschistischen Organisationen für unsetzetzlich. Alle nicht eingetragenen Vereine sind in Italien verboten. Er ging soweit vor, daß er alle Beamten im Staat, die nicht faschistisch organisiert sind, (d. h. ein großer Teil freigewerkschaftlich organisierter) aus dem Dienst entließ. Daß die Gewerkschaften dabei vor die Frage gestellt sind, sich dem Faschismus anzugliedern, wird jedem begreiflich.

D'Argona, der Führer der zentralistischen reformistischen Gewerkschaften Italiens, Richtung Amsterdam, erklärte dem Redakteur eines faschistischen Blattes:

„Bisher standen die Gewerkschaften außerhalb des Staates und selbst mitunter gegen den Staat. Jetzt werden sie dieselbe Richtung nehmen wie der Staat und sich ihm zur Verfügung stellen, wenn es notwendig ist. Ich bin prinzipiell mit den von den Faschisten geplanten Reformen einverstanden. Diese Reformen umfassen den Eintritt gewerkschaftlicher Debutierter in die gesetzgebende Kammer, und ich finde das richtig, zweifle aber daran, daß das Proletariat sich bis dahin aufwerfen kann. Das ist der einzige Einwand, den man machen kann, denn das Proletariat kann nicht Gegner dieser Mitarbeit an der Macht sein, die es ihm möglich macht, seine Delegierten in das Parlament zu schicken, die dort seine beruflichen Interessen verteidigen."

D'Aragona sprach sich auch für ein obligatorisches Schlichtungsverfahren aus, das bei Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern angewendet werden soll.

Die Gewerkschaftsführer sind also schon für den Faschismus; nun werden sie es bald drehen, daß auch die Mitglieder damit einverstanden sind. Wir haben schon bei den Bestimmungen Musolinis darauf hingewiesen, daß die italienischen Gewerkschaften vor der Tatsache stehen, staatliche Organe zu sein. Wer wird da noch von Klassenkampforganen sprechen? Die KPD.!

## Wenn jemand eine Reise tut . . . od. Bergmann Overhagens Rußlandfahrt

Wir bringen nachstehende Skizze eines Genossen trotz ihrer verhältnismäßigen Länge da sie in ihrer satirischen Form sehr charakteristisch ist. Die Redaktion.

Der Bergmann Overhagen ist Bergmann. Er ist kein „großer Politiker" oder Theoretiker. Er legt Wert darauf, daß das jeder begreift, und betont das in allen Versammlungen, in denen er von seiner Reise erzählt. Er versucht davon also nicht viel. Aber ganz so ist das nicht aufzufassen. Er ist zugleich — das ist etwas kompliziert, aber es gibt solche Menschen — kein „politisches Kind". Das erste betont er wenn Fragen an ihn herantreten die über seinen Horizont gehen. Dann — das ist bezeichnend — schließlegert er, daß ein solcher Fragesteller einen braven, wahrheitsliebenden, einfacher Arbeiter wie ihn, bloßstellen will. Der Bergmann Overhagen schlußfolgert daraus weiter, daß ein solches Beginnen nichts mit Nächstenliebe zu tun hat, und wehrt sich mit den Waffen, die ihm als „einfachen Arbeiter" zur Verfügung stehen. Er stellt sich erneut vor. Er betont: Ich bin zwar kein großer Politiker und Theoretiker, aber auch kein „politisches Kind" . . . Merke sich das jeder, der an Overhagen Fragen stellt. Er wird dann sehr böse. „Was du willst, weiß ich schon"; ruft er mit funkelnden Augen. Du suchst einen Resonnanzboden für deine Anschauung. Er nennt die Argumente anderer „Tiraden", die diese an den Mann bringen wollen. Er ist ja kein politisches Kind. Er wird dann ganz volkstümlich, so daß Arbeiter ihn, den einfachen Arbeiter leicht verstehen. Er überhäuft die Politikern den „Großen" und spricht, wie ein Kind zu Kindern spricht. Natürlich in dieser herzigen, leicht verständlichen Art meistert O. politische Probleme. Ganz leicht. Ohne Gewissensbisse. Ohne Skrupel. Wer O. in Verlegenheit bringen will, ist doch ein böser Mensch! Unwahrhaftig! O. kämpft für die Wahrheit. So wie er sie versteht. O. ist selbst die Wahrheit. Kinder sind immer wahr. Nein. Kinder sind rücksichtslos. O. besonders. Er wittert mit dem gesunden kindlichen Instinkt die Gemeinheit der Arbeitgeber. Es gibt ein Wort, ein schmeichelndes Wort, das heißt: Demagoge. Leute, die dem anderen die Worte im Mund umdrehen, ihm etwas unterschieben, um ihn zu diskreditieren. Es gibt Leute, die behaupten, O. wäre so einer. Ueber die wollen wir nicht reden. O. ist das nicht. Bewahre. O. ist zwar kein „großer P. und Th. aber auch kein p. K. Er weiß, daß es Demagogen gibt. Oder ist ein Mensch, der einem einfachen wahrheitsliebenden Bergmann politische, grundsätzliche Nüsse zum Knacken auf den Tisch legt, ist dieser Mensch etwa kein Demagoge." Niemand kann daran zweifeln. Wenn also ein kindliches Gemüt seine Pflicht tut im Kampfe gegen schlechte Menschen, so soll man ihm helfen. —

So dachten O. und seine Schar, die er versammelt hatte in Berlin am 20. 9. 1925 in „Dörings Festsälen". O. hat noch verschiedene Kollegen, mit denen er in Rußland war. In Rußland!!! Und über Rußland bringt er und seine Freunde die Wahrheit. Sie erzählen die Wahrheit den deutschen Arbeitern. Sie erzählen in allen Versammlungen dasselbe. Nun gibt es Menschen, die waren nicht in Rußland. Und diese Menschen — es ist ganz unglaublich, einfach unglaublich! Diese Menschen kommen in solche Versammlungen, und bilden sich ein, — man kann das garnicht fließend schreiben, da zittert einem die Hand — diese Menschen bilden sich ein, sie wüßten mehr über das Land (von dem Klara Zetkin einmal auf einem Parteitag der KPD. sang: „Ziehe deine Schuhe aus, der Boden auf dem du stehst, ist heilig!") als O. und seine Freunde, trotzdem in diese die Wahrheit über die Unglücklichen doch nicht. Man denke sich nur eine solch grenzenlose Frechheit! Mit solchem Gesindel müssen sich ehrliche Arbeiter in solchen Versammlungen herumschlagen. Es lohnt sich wohl, solche Elemente einmal aufs Korn zu nehmen und über eine solche Versammlung wahrheitsgetreu zu berichten.

Es ist schade, das wir das Bild von O. nicht bringen können. Man kann schlecht in Worten ein Bild geben. — Lautlose Stille im Saal. Die Versammlung wird eröffnet. O. nimmt das Wort. Wie er dasteht! Einfach, ohne Kragen. — Ganz die „Sache". Was braucht man, um die Wahrheit zu verkünden, einen Kragen? Das weiße Nähelläppchen hängt indiskret über den Hosenschluß. Das kann passieren, und ist charakteristisch, ein solchen Mann entgehen eben alle Aeußerlichkeiten. Er lebt nur für die Wahrheit. Er stellt sich mit einfachen, schlichten Worten vor. Er weist auf sein auf dem Tisch liegendes Mitgliedsbuch der sozialdemokratischen Partei, ebenfalls das der Gewerkschaften. Daneben liegen die Briefe, die ihm mitteilen, daß er aus beiden Organisationen ausgeschlossen werden soll. Der einfache Arbeiter hat dazu nur zu sagen, daß er — was diese Bücher wohl zur Genüge bezeugen — trotz des Ausschlusses Sozialdemokrat ist und bleibt, und daß er wie bisher der reinen Wahrheit dienen will. Er denkt nicht daran, daß Mest zu beschmutzen, in dem er sich so wohl geborgen fühlte, sein Charakter läßt das nicht zu. Er wird diesen Schmerz tragen wie ein Mann, und verlange nur eins, Gerechtigkeit, die man ja auch seinen Genossen Heilmann, Baier usw., die für dieselbe Sache wie er nossen Heilmann, Baier usw., die für dieselbe Sache wie er verbrennen mit ihm gemeinsam kämpften, wiederfahren ließe. Entrüstete Pfuirufe wurden laut. Wer ist auch nicht empört darüber, daß einem aufrichtigen Arbeiter in Zukunft das Wirken in einer Partei unmöglich gemacht werden soll die Männer wie Noske, Ebert, Hörsing und viele andere hervorbrachte, und die durch ihren Heldenhaften Kampf über Spatakus dessen Führer siegreich erledigte und die Menschheit vor dem Ansturm bewaffneter Arbeiterhorden befreiten, indem sie diese durch teutsche Helden zusammenschießen und in die Zuchthäuser werfen ließ. — Kommen wir weiter:

O. wendet sich an die Presse mit der Bitte, objektiv zu berichten. Es ginge nicht an, jeden, der günstig über Rußland berichtet als bolschewistisch hinzustellen. Er verliest reichliche Zitate aus dem Buche Oberst Bauer sowie anderer Generale und anerkannter Autoritäten, die in der bürgerlichen Welt eine hervorragende Rolle spielen und stellt die Frage, ob die Tatsache, daß viele Leute nur Gutes über die russischen Verhältnisse zu berichten hätten, ob das etwa kein Argument wäre. Wenn Leute aus den oberen Zehntausend sich anerkennend über Rußland aussprechen, genügt dies wohl schon für sich. Daß es trotzdem noch Arbeiter gibt, die, ohne daß sie selbst da waren, dieses Urteil abschwächen können, mit dem auch sein Urteil übereinstimmt, wäre mehr als bezeichnend für diese Arbeiter selbst. Die Versammlung, die größtenteils aus tief überzeugten Anhängern der KPD. bestand, stimmte stürmisch zu.

O kam dann zum Bericht selbst. Er überbringt Grüße von den russischen Arbeitern. In einem einfachen Notizbuch ist zu lesen: „Gruß Trotzky!" Den russischen Arbeitern geht es gut, sie verdienen fast soviel wie in Friedenszeiten. Sie essen täglich dreimal Fleisch! In einem Werk in Moskau haben die Arbeiter ein eigenes Flugzeug, Motorboot, Segelboot usw. Die Kinder gesund und gut versorgt. Die russischen Führer stehen auf einer kaum zu erklimmenden sittlichen Höhe; haben meistens nur zwei Zimmer. Mit dem Präsidenten der ukrainischen Republik sei O. einmal über Land gefahren. Er konnte es nicht mehr über das Herz bringen, ihn zu bitten, sich ein paar Minuten Zeit zu gönnen, um sich — rasieren zu lassen. Er als Vorsitzender der Delegation in der Krim nahm die Meldung des roten Generals entgegen, der die Brigade meldete und schritt die Front ab. O. frug die Vorsitzenden, ob sie in ihrem Betrieb auch ein Flugzeug hätten, und ob ihnen als Arbeiter auch schon mal passiert wäre, daß ein General vor ihnen gemeldet hätte? Diese Gegenüberstellung der deutschen gegen die russischen Verhältnisse wirkte so durchschlagend überzeugend, daß O. nur um ja von der Wahrheit ja nichts zu verschweigen, noch berichtete, daß die russischen Führer dauernd in einfachen Waschkitteln gehen und arbeiten. Er brachte noch sehr günstige Nachrichten mit. Er sagte, daß die Arbeiter (es war eine Betriebsversammlung der „Stock u. Co. Motorpflugwerke") an ihre Direktion herantreten sollten mit dem Vorschlag mit den Russen Verbindung aufzunehmen zwecks Lieferung von Maschinen. So hätten die deutschen Arbeiter Arbeit, und die Russen könnten in aller Ruhe den Sozialismus aufbauen. Ueberhaupt wäre die „deutsche Orientierung" die Parole des Tages, der Graf Brockdorff-Rantzau, bei dem einer seiner Freunde war, hätte dies auch gesagt. Diese geistige Revolution müsse ihren Ausdruck finden in dem Rufe: Hin zu Rußland einerseits, und durch die Gewerkschaftsleiaheit hin zu Amsterdam anderseits. O. berichtet auch über Schattenseiten. Er sagt, daß er nichts verschweigen werde. Er berichtet, daß es seinen Kollegen Bergarbeitern nicht sehr gut geht. Daß Löhne und technische Einrichtungen sehr zu wünschen übrig ließen. Aber — die Wahrheit ist immer bei ihm — das ist eben das Erbe des Zarismus, das übernommen wurde, und an dessen Beseitigung die Regierung arbeitet. Es bekam es. Der KPD.-Genosse machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß die KAPD. die Partei der Wirrköpfe sei, sein Vorschlag war, den Wirrkopf ruhig reden zu lassen, um ihn leichter erledigen zu können. — Allgemeine Spannung. —

Hier sei eine Bemerkung des Schreibers eingefügt: Ich war von den Ausführungen und der Einfachheit und Wahrheitsliebe in meiner Stellung zu Rußland so erschüttert, daß ich mir nur ringe, ob die KAPD. recht hat, oder O. Ich werde also weiter — es fällt mir schwer diesen Grunde leichter — objektiv berichten.

Der KAPD.-Mann ling so an: Er sagte dem Referenten. daß er nach seinem eigenen Eingeständnis bis vor sechs Wochen alles schluckte, was der „Vorwärts" schrieb, und sich selbst da wären, dieses Urteil abschwächen können, mit dem auch sein Urteil übereinstimmt, wäre mehr als bezeichnend seiner Partei „Mäuschen" bei „Mäuschen" (wörtlich) ein Kind zeugte, muß er ein Drittel seines Lohnes geben. Waren zwei Männchen Freier der Mutter, und will einer die Vaterschaft durch diesen Nachweis auf den anderen schieben, dann müssen beide „Männchen" bezahlen. Hat ein Männchen (O. ist vielleicht Kaninchenbesitzer, daher die Geläufigkeit dieses Ausdrucks) zwei Frauen glücklich gemacht, so — ja was dann — ganz einfach, er muß für zwei Frauen also zwei Drittel bezahlen. O. hat ein Männchen half, die Tausende ins Zuchthaus zu bringen, die dort zu Grunde gehen. Es ist noch zu erwähnen, daß in irgend einem Zusammenhang des Berichts O. das Wort „Noske" fiel und O. darauf erwiderte, daß er es ablehne, über diese problematische Frage zu debattieren. Der KPD.-Mann nannte dies politische Charakterlosigkeit und weiter eine geradezu bezeichnende Frechheit, daß sich Leute vom Schlage O. für berechtigt und befähigt halten, ein Urteil zu sprechen über eine Partei und über Genossen, die sich kein Revolutionsdicht vor dem Spiegel einstudiert hätten, sondern schon danach handelten, als O. sich noch nicht selbst entdeckt hatte. Er nannte diese Eigenschaft große wahnsinnige Renegatenbornierthei und meinte, daß der Eifer solcher programm- und prinzipienlosen Schwätzer nur zur Ehre gereicht, und eine Partei, die solche Leute gebrauchen kann, am Ende ihres Lateins ist und damit selbst ihren geistigen und politischen Bankerott dokumentiert. Weiter war nichts zu hören, nicht etwa von wegen der Zustimmung, sondern die Versammlung hatte die Sprache wiedergefunden und tobte wie irrsinnig. Der Redner sollte zur Sache sprechen. Der meinte ganz unerschrocken, daß man dies dem Referenten hätte sagen müssen. Er ginge nur auf eine Sache ein, die der Referent sehr stark betont hätte. „Zur Sache!" Man war überzeugt, daß dies der einzige Trumpf des KAPD.-Mannes sei, und fand das höchst unfreundlich.

Da fuhr der Redner fort: Der ADGB. hat eine Delegation nach Amerika geschickt. Wahrscheinlich wird sie zurückkommen und nachweisen, daß die Arbeiter in Amerika viel besser leben, als die russischen und daß man nach der Logik des Referenten eigentlich die großkapitalistischen Verhältnisse und die Fordisierung der Industrie anstreben müsse. Er bezeichnete die ganze Argumentation als eine Lächerlichkeit und als leeres Geschwätz, das „Studium" der Delegation als „Käses Rundfahrten". „Zur Sache!" Sturm! Raus! Der Redner sagte — nein brüllte — er wird das beweisen.

Er fuhr fort: Rußland hat 130 Millionen Einwohner. Davon sind 1 800 000 Industriearbeiter. Die übrigen vorwiegend Bauern, Handwerker usw., ihrem Wesen nach Feinde des Kommunismus. Von diesen 1 800 000 entfällt ungefähr derselbe Prozentsatz auf die indifferenten (man nennt sie mitunter sehr schmeichelhaft „parteilos") wie in Deutschland. Der Referent solle also das Rätsel lösen, wie angesichts einer solchen Lage und einem solchen Klassenverhältnis das Proletariat die Macht haben könne. Er betonte, daß die weiten Flächen Rußlands kleinbürgerlich bäuerlich und die Industrie staatskapitalistisch sei, selbst nach dem Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation, und daß dies die Kernfrage sei, und die Frage entscheidet, ob die Regierung ein proletarische ist und proletarische Klassenpolitik treiben kann oder nicht. Frankreich meint er, hat auch einmal eine Revolution erlebt und das Proletariat seiner enthaben Bergarbeitersprache führte O. aus: Wenn ein „Männchen" (wörtlich) ein Kind zeugte, muß er ein Drittel seines Lohnes geben. Waren zwei Männchen Freier der Mutter, und will einer die Vaterschaft durch diesen Nachweis auf den anderen schieben, dann müssen beide „Männchen" bezahlen. Hat ein Männchen (O. ist vielleicht Kaninchenbesitzer, daher die Geläufigkeit dieses Ausdrucks) zwei Frauen glücklich gemacht, so — ja was dann — ganz einfach, er muß für zwei Frauen also zwei Drittel bezahlen. O. hat ein Männchen half, die Tausende ins Zuchthaus zu bringen, die dort zu Grunde gehen. Es ist noch zu erwähnen, daß in irgend einem Zusammenhang des Berichts O. das Wort „Noske" fiel und O. darauf erwiderte, daß er es ablehne, über diese problematische Frage zu debattieren

Als die dem Verbunden naher Proletarier und Bauern den Betrug erkannten und die letzte Kraft anspannten zum Sturz des Zarismus, schwang sich die Sozialdemokratie auf den Thron! Schnell erkannten Bauern und Proletarier, daß der sozialdemokratische Zarismus dem feudalen gleich sei und folgten dem Ruf der Bolschewiki zum Sturz der Kerenski-Regierung. Die Revolution gebar Riesenkräfte, individuell und als Klasse. An demselben Tage, als die Ablösung des Zarismus durch Demokratie und Sozialdemokratie in Petersburg auf dem Zarenschlosse durch Hissung der roten Flagge angezeigt wurde, stand im Berliner „Vorwärts" der berüchtigte Artikel, der die Versöhnung der deutschen Sozialdemokratie mit der Monarchie verkündete. War dies Symbol? An diesem Tage war auch der Sündenfall der Bolschewiki!

Um die demokratisch-sozialdemokratische Regierung aus dem Sattel zu heben, um sich selbst auf den Thron zu schwingen, ließen die Bolschewiki ihr kommunistisches Agrarprogramm fallen. Die Bolschewiki versprachen den Bauern Land! Als Konsequenz ihrer revolutionären Vergangenheit mußten sie den Bauern sagen: „Untergang in der Barbarei oder Kommunismus. Zarismus — Feudalismus — Kapitalismus oder Kommunismus. Etwas anderes ist nicht möglich." Sie mußten den Bauern sagen: „Wenn ihr nicht zurück wollt ins Joch, müßt ihr euch zusammenschließen zu Agrarkommunen. Die Industriestreikproletarier zu Produktionskommunen. Die ganze Nation eine einzige Kommune. Das Rätesystem ist das Band". Die Bauern wären gefolgt. Es hätte vielleicht etwas länger gedauert. Wären sie nicht gefolgt, gut, die nächste Zeit hätte sie belehrt, daß es nichts weiter gibt als Knechtung oder Freiheit. Statt dessen machten die Bolschewike aus vierzig Millionen landbesitzende privatkapitalistische Bauern. Vierzig Millionen Unternehmer mit einem Schlag! Die „Bauern", seit Anfang der neunziger Jahre die treibende Kraft der russischen Revolution, wurden Besitzer. Ihr Ziel mußte fortab sein, diesen Besitz gegen revolutionäre Eingriffe, gegen die Revolution zu schützen.

Das Verhältnis änderte sich mit einem Schlag. Waren bisher die Bauern auf die Bolschewiki angewiesen, war es jetzt umgekehrt. Wo die Bauern gezwungen werden mußten, Lebensmittel für die Fortführung der Revolution zu liefern, sabotierten sie. Die Hungersnot war die Folge. Um ihrem Sturze zu entgehen, mußten sich die Bolschewiki dem Zwange fügen und wurden bürgerlich. Der ersten Konzession folgte die zweite, die NEP., folgte eine Kette von Konzessionen, an Händler, Kapitalisten, an den Zarismus. Die entthronten Zaristen mußten aus den Gefängnissen entlassen werden, zum Schutze gegen die Proletarier, die an ihren kommunistischen Grundsätzen festhielten, die eine Gefahr für die bolschewistische Regierung waren. Auch die heroischsten revolutionären Schlachten gegen die Koltschak und Denikin können keine Aussöhnung sein für die Verleugnung der einstigen Grundsätze. Auch nicht der Verrat des westeuropäischen Proletariats an der russischen Revolution. Der Bolschewismus ist heute Kapitalismus, ist Todfeind des Kommunismus.

Besser als das europäische Industrieproletariat versteht dies der russische Bauer. Die Bauern unterscheiden haarscharf zwischen Bolschewismus und Kommunismus. Zur Begründung der NEP. erklärte Lenin 1921 in einem Vortrage, daß die Bauern oft erklärten: „Wir sind Bolschewiki und nicht Kommunisten. Wir sind Bolschewiki, weil sie die Grundgrundbesitzer und den Zaren fortgejagt haben, wir sind aber keine Kommunisten, weil die Kommunisten gegen die persönliche Wirtschaft sind." Bolschewismus ist den Bauern Gegensatz zum Zarismus und Feudalismus. Kommunismus aber ist ihnen Gegensatz zu ihrer Wirtschaft. Kommunismus bedeutet Enteignung, bedeutet wieder Aufgabe des persönlichen Besitzes. Dieser richtigen Auffassung haben sich die Führer des russischen Staates, die bolschewistische KPR. gefügt, um an der Regierung zu bleiben.

Vierzig Millionen Bauern, Millionen Händler, Industrielle, bürgerliche Beamte, Popen, entthronte Gutsbesitzer, frühere zaristische Offiziere haben als Ausdruck ihres Willens eine bolschewistische Regierung. Sie sind der festeste Damm gegen den Kommunismus. Damit fällt die Mähr, daß das Industrieproletariat die politische Macht hat. Würden die paar Millionen Industrieproletarier, von denen nur ein geringer Prozentsatz Kommunisten sind, die politische Macht haben, sie wären nicht mehr Ausgebeutete, sondern Besitzer der Produktionsmittel. Sie wären die Ausbeuter, oder Rußland wäre kommunistisch. Ein kleiner Prozentsatz des Volkes kann die große Mehrheit beherrschen, wenn er Besitzer der Produktionsmittel ist und den Steuerapparat, Justiz, Polizei, Militär beherrscht. Lohnarbeiter aber herrschen nicht, sondern sind beherrscht.

Die jahrzehntelange revolutionäre Tradition der Bolschewiki, ihr heroischer Mut als erste die Brandfackel der Revolution in die kapitalistische Burg geschleudert zu haben, ihre gigantischen Anstrengungen während der Revolution, das ist es, was das westeuropäische Proletariat noch heute an sie glauben läßt. Heute, da sie die vierzig Millionen Bauern, die Industriellen und Händler, die zaristischen Offiziere und Beamten, ein an deren Rockschößen hängendes indifferentes Proletariat als Richtschnur ihrer Regierungspolitik haben und den Kapitalismus aufbauen müssen, um überhaupt existieren zu können. Der russische kapitalistische Staat opfert jährlich Riesensummen für die Gehälter Abertausender Angestellte, um die Proletarier in ihrem Glauben zu erhalten. Diesem Zwecke dienen auch die Arbeiterdelegationen. Ein Ebert, Scheidemann, Dittmann und Konsorten haben ebenfalls eine revolutionäre Vergangenheit, sie haben Jahrzehnte in Gefängnissen gesessen. Ihre Taten der letzten Jahre aber sehen die Proletarier mit eigenen Augen und erkennen sie — oder hängen ihnen noch an, trotzalledem. Die Wandlung der Bolschewiki aber ist noch größer als die der deutschen Sozialdemokraten.

Bolschewismus heißt heute also Aufbau des Kapitalismus, heißt Stärkung der bürgerlichen Hölle.

Bolschewismus heißt Konterrevolution.

Bolschewismus heißt Todfeind des Kommunismus.

Wir sind Antibolschewisten, weil wir Kommunisten sind.

## Die Selbstbestimmung der Völker

Die „Rote Fahne" vom 26. September bringt einen Offenen Brief von einer nach russischem Muster einberufenen „Arbeiter- und Bauernversammlung" in Straßburg i. E. an die Paktkonferenz in Luzern. Der offene Brief verlangt das Selbstbestimmungsrecht des elsaß-lothringischen Volkes und zeichnet damit wieder einmal die Klassenkampfpolitik der KPD. Der Inhalt dieses Briefes mit diesen rein nationalistischen kleinbürgerlichen Forderungen geht von Folgendem aus:

„Die russische Arbeiter- und Bauernregierung hat selbst den kleinsten und rückständigsten Völkern des ehemaligen Zarenreiches das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Loslösung gegeben. Gebiete, wie z. B. Baschkirien, sind autonome Republiken geworden, die die volle administrative und kulturelle Selbstverwaltung (Autonomie) genießen. Die Schulen, Gerichte, Verwaltung in ihrer Muttersprache haben."

Was bedeutet das? Mit den nationalisten Illusionen wird das Proletariat über seine Klassenfragen hinweggetäuscht. Die Selbständigkeit gewisser Volksteile, d. h. Teile der Nation, die als Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Misere des Kapitalismus vorgesehen ist, hat nicht das geringste mit den Fragen des Klassenkampfes oder mit einer Lösung der proletarischen Lage zu tun. Ebensowenig kann diese die politische Frage einer kommunistischen Gesellschaftsordnung sein. Sie ist gleichbedeutend mit der kleinbürgerlichen rückschrittlichen Bodenreformpolitik: „Zurück zur Scholle". Wenn schon der Kapitalismus aus den Gründen der wirtschaftlichen Konzentration zur Kräfteersparnis die nationalen Grenzen überbrückt und den sogenannten Industriestaat aufbaut, so kann das Proletariat nicht umhin, den gesellschaftlichen Wert solcher Wirtschaftsfortschritte für den Internationalismus zu erkennen. Nicht ohne Grund hat schon Rosa Luxemburg die Frage der Selbstbestimmung der Völker verworfen. Wenn nun, abgesehen von dieser rein theoretischen nationalökonomischen Frage die KPD. eine dementsprechend nationalpolitische Illusion stärkt, ohne die Klassenfrage des Proletariats zu erwähnen, so charakterisiert das ihre ganze proletarische Politik.

Das elsaß-lothringische Proletariat ist so wenig wie das deutsche oder französische in einer guten Lage. Als Glied der dortigen Industrie ist es der Spielball der deutsch- und französischen Kapitalsinteressen, dazu natürlich des jeweiligen Imperialismus. Im Grunde genommen ist das elsaß-lothringische Industriekapital so sehr deutsch wie französisch eingestellt, d. h. es hat seine Verbindungen in beiden Staaten und betreibt die Politik der gegebenen Situation. Der Unterschied besteht bei diesem Stückchen Nation darin, daß es mit seinem Kapitalisten früher dem deutschen- und jetzt dem französischen Staat angegliedert ist. Eine nationale Selbständigkeit würde in keinem Falle die Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse ändern und das neugebackene Elsaß-Lothringen wäre nach wie vor der Spielball der bestimmenden Imperialisten.

Es ist darum eine Illusion, auf diesem Wege zur Befreiung des Proletariats zu gelangen, eine Ablenkung von der Aufgabe der proletarischen Revolution, die keine nationale, sondern eine Klassenbefreiung sein muß.

Die alten Kalauer, die die Kuh ihres Bürgermeisters an der Leine die Stadtmauer hochzogen, damit sie das Gras wegfresse und sie dabei erdrosselten, waren als Spaßmacher wirkliche Waisenknaben gegenüber den Steuerbehörden der Residenzstadt und Intelligenzzentrale Berlin. Diese Teutschen, die ihre nationale Ehre — wenn es je so etwas gegeben hat — während des Krieges so tief in den Kot getreten haben, daß es ein Denkmal der Schande für tausend Jahre bleibt, haben damit nicht nur Kalau entthront. Gerade vom Standpunkt der bürgerlichen Moral ist das ein Skandal von internationaler Tragweite. Auch hier ist die Profitsucht — die Angst, daß die Steuer für den einen Liter Spiritus verloren gehen könnte — die Triebkraft, die für den deutschen Kapitalismus eine ungeheuere Bedeutung versprechende Erfindung dem Auslandskapital in die Kassenschränke zu treiben.

Es ist leider heute noch zutreffend, was „Kommunist" Bartels einst sang, daß die Proletarier die „treuesten Söhne des Vaterlandes" sind.

## Ein „ungenhaftes" Budget

### Die tschechoslowakischen Finanzen im Spiegel der heimischen Presse.

In den tschechoslowakischen Blättern wird lebhafte Kritik an dem von der Regierung eingebrachten Budget geübt. Diese hat, um den amerikanischen Geldgebern etwas vorzutäuschen, einen Ueberschuß im Staatshaushaltsplan von 15,5 Millionen herausgerechnet. Das wird von Zeitungen aller Schattierungen als Schwindel entlarvt. Mehrere Zeitungen verschiedener Parteirichtungen rechnen der Regierung vor, daß eine Unterbilanz von 800 Millionen (!) zu erwarten ist. Die Aufstellung des Finanzministers sei nur dadurch zustande gekommen, daß im Gegensatz zu früheren Jahren vom tatsächlichen Investitionsbedarf in der Höhe von rund 871 Millionen nur 51½ Millionen in das Budget eingereiht worden seien. Den Militärausgaben von 1935 Millionen standen nur 890 Millionen Kulturausgaben gegenüber. Das Budget des Außenministeriums habe sich auf 28½ Millionen erhöht. Hiervon entfallen 2 Millionen Kronen auf Auslandspressepropaganda (d. h. Bestechungsgelder für Zeitungen).

Selbst die dem Außenminister nahestehende Narodni Osvobozeni kommt zu ähnlichen Feststellungen und weist darüber hinaus noch nach daß der 500—600 Millionen Kronen betragende Aufwand für die Regelung der Beamtengehälter (infolge der steigenden Preise) noch ungedeckt sein. Napravo bezeichnet das Budget als lügenhaft.

Der Betrug muß schon arg sein, wenn die feile und bestochene bürgerliche Presse nicht mehr wagt, diesen „Staatshaushaltsplan" ihren Lesern vorzusetzen. Wie der französischen, sitzt auch ihrer tschechischen Vasallenregierung das Wasser an der Kehle. Beide sind — durch Bürger! — der Fälschung überführt. Ein Kaufmann (wenn er nicht zu den ganz Großen gehört) wird wegen derartiger Fälschungen wegen betrügerischen Bankerotts ins Zuchthaus gesteckt.

## Mitteilungen

**VORANZEIGE:**

**Am Sonnabend, den 7. November,** findet in der **Stadthalle,** Eingang Klosterstraße, ein Kammermusikabend zum Besten der politischen Gefangenen statt. Die künstlerische Ausgestaltung des Abends bürgt für einen genußreichen Abend für einen jeden Proletarier.

**Genossen! Sorgt bei regster Propaganda für einen guten Besuch dieser Veranstaltung.**

**Bekanntmachung.**

Am Sonntag, den 3. Oktober finden vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr in den Sophiensälen, Sophienstr. 2 interessante öffentliche Vorträge statt und zwar über die „Soziologie des Kindes" und die „Psychologie des Kindes". Nach jedem Vortrag ist freie Aussprache. Genossen, die sich für die Fragen der Erziehung des proletarischen Kindes interessieren, sind diese Vorträge empfohlen.

•

**Druckfehlerteufel.**

In der KAZ. Nr. 76 sind leider einige Druckfehler unterlaufen, die wir hiermit berichtigen und zwar folgender: Die russischen Werke heißen nicht Putschlow-, sondern **Putilow**-Werke. Ferner sind die Industriearbeiter nicht insgesamt ca. 18 000 000, sondern **1 800 000.** Des weiteren heißt der Reiseberichterstatter **Overhagen.**

•

**Bemerkung.**

Der Artikel: **Massenorganisation und Sekte,** in Nr. 76 ist aus dem Reich eingegangen und als Diskussionsartikel zur Frage der Taktik abgedruckt worden. Der Inhalt ist von der Red. und Pressekommission verworfen worden und in der nächsten Nummer der KAZ. wird dazu Stellung genommen. Die Red.

## Arbeitsplan Oktober

**40. Woche vom 27. 9. bis 3. 10.**

**Freitag, den 2. Oktober,** abends 7,30 Uhr in der Schule Gipsstraße **kombinierte Arbeitsausschuß-Sitzung.** — Arbeitsausschuß der Partei und Union, sowie H.-A. der Partei, R. A. A. der Union und V. R. U. K. müssen vollzählig erscheinen.

**41. Woche vom 4. 10. — 10. 10.**

**Dienstag, den 6. 10.,** abends 7,30 Uhr: Berliner Zentrale.
**Donnerstag, den 8. 10.,** abends 7,30 Uhr: Arbeits-Ausschuß.
**Freitag den 9. 10.:** Bezirksmitglieder-Versammlungen in allen Unterbezirken.

**42. Woche vom 11. 10. — 17. 10.**

**Dienstag, den 13. 10.,** abends 7,30 Uhr: Kombinierte Funktionär-Sitzung. Referat: Unsere Stellung zu den Kommunalwahlen.
**Mittwoch, den 14. 10.,** abends 7,30 Uhr: Kombinierte Funktionär-In den Konkordia-Sälen, Andreasstraße 64.

**43. Woche vom 18. 10. — 24. 10.**

**Dienstag, den 20. 10.,** abends 7 Uhr: Berliner Zentrale.
**Mittwoch, den 21. 10.,** abends 7,30 Uhr: Arbeits-Ausschuß.
**Freitag, den 23. 10.:** Bezirksmitglieder-Versammlungen in allen Unterbezirken.

**44. Woche vom 25. 10. — 31. 10.**

**Freitag, den 30. 10.,** abends 7,30 Uhr: Mitgliederversammlung von Groß-Berlin. Referat: Ueber russische Verhältnisse. Lokal wird noch bekannt gegeben.

**GROSS-BERLIN.**

**Achtung H.-A.**

**Arbeitsausschuß der KAP. und AAU., sowie G. H.-A. der Partei und Reichsausschuß der AAU.**

Am Freitag, den 2. Oktober, abends 7 Uhr in der Schule kombinierte Sitzung. Die Mitglieder müssen vollzählig erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schwarzkopf, Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenhuet, Berlin O 17, Langestr. 78.

## Wirtschaft

### Alkohol aus Rauch — Oel aus Kohle

Dem Kapitalismus sitzt der eiserne Zwang im Nacken, sein Produktionssystem zu höherer Stufe zu entwickeln — oder unterzugehen. Da Aufstieg und Vervollkommnung durch Profite aus Absatzsteigerung nicht mehr möglich sind wird versucht durch organisatorische Umstellung, durch Technik und Chemie Produktionsverbilligung und Kaufkraftstärkung zu erzwingen, um so die Profite zu steigern. In mehr denn hundert Jahren zuvor sind nicht soviel Probleme auf technischem und chemischem Gebiete gelöst worden, als in den letzten Jahren.

Wir wollen in diesem Zusammenhang nur auf zwei Fortschritte aus den allerletzten Wochen hinweisen. Vor einigen Wochen ging die Nachricht durch die Presse, daß die Versuche, Kohle in Oel zu verwandeln soweit gediehen sind, daß ihre industrielle Verwertung möglich ist. Der andere Fortschritt ist eine Erfindung die erst in den letzten Tagen bekannt wurde. Es handelt sich um die Möglichkeit, aus den Dämpfen der Brotbäckerei Alkohol zu filtrieren. Beides sind Ereignisse von überragender wirtschaftlicher Bedeutung, auf die wir in besonderen Abhandlungen zurückkommen werden. Heute wollen wir nur darauf hinweisen, wie unlängst der „nationale" Kapitalismus ist, sie dem „Volkswohl" dienstbar zu machen. Das Verfahren, Oel aus Kohle zu gewinnen, ist nämlich sofort dem „Erbfeind" verkauft worden. Eine Gesellschaft in Belgien, die mit französischen und belgischen Kapital arbeitet, hat gegen Bezahlung einer Summe Geldes mit der industriellen Ausnützung des Verfahrens begonnen. Da der völkische Zug in Deutschland zweifellos am stärksten ist weil dem deutschen Kapital das Wasser am höchsten bis zur Kehle reicht (die Ursache der Schutzzölle) so ist dies, vom „vaterländischen" Standpunkt doch wohl weiter nichts, als Vaterlandsverrat. Es ist nichts weiter, als wenn die Kapitalisten eines kriegführenden Landes dem Feinde Waffen und Munition liefern. In Deutschland ist der Bankerott am weitesten gediehen, die Produktionskrisis hat die schärfsten Formen, am gefährlichsten ist der Kohlenbergbau in die Enge getrieben. Die Vervollkommnung der Industrie durch Umstellung von der Kohlenfeuerung auf Oelfeuerung würde einen ungeheuren Fortschritt ermöglichen, wenn die Kapitalismen der anderen Staaten diese Erfahrung nicht hätten oder sie erst später nutzbar machen könnten. Der deutsche Kapitalismus steckt aber so in der Klemme. Profitbedürftig und Profitgier sind soweit gediehen, daß er die Zukunftschance für einen Gegenwartsruppenstiel verkauft, oder um nicht nur vom Standpunkt der bürgerlichen Ideologie sondern auch aus christlich-krirchlichen Gesichtspunkten gesehen: der deutsche Kapitalismus verkauft seine Erstgeburt um ein Linsengericht.

Vor einigen Tagen wurde in der bürgerlichen Presse ein großes Lamento gemacht über „Gewissenlosigkeit" und „Vaterlandsverrat" von „Kommunisten". Bei Betriebsräten der Fa. Friedrich Bayer u. Co. A.-G., Wiesdorf (Leverkusen) und andern dort beschäftigten Betrieben, wo der Fall vorlag, wurden Material beschlagnahmt worden, das angeblich für einen Verkauf nach Amerika bestimmt war. Es handelt sich um Verfahren für die Anilinfarbenherstellung und andere chemische Analysen. Die kapitalistische Presse schrie Zeter und Mordio über die „Verbrecher" und „Vaterlandsverräter" (ungefähr so, als die Lügenfahne schreit, wenn einige vom Kapital auf die Straße gesetzte Proletarier diesem auf die Pelle rücken und ihm vom Profit etwas abknöpfen, die die Fahne dann regelmäßig der KAP. an die Rockschöße hängt). Das Verfahren „Oel aus Kohle" hat aber zweifellos eine überragendere Bedeutung, als die seit Jahrzehnten bekannten Anilinkombinationen. Wer ist nun der größere Verbrecher?

Der zweite Fall: die Alkoholgewinnung beim Brotbacken, ein Verfahren, das möglicherweise die Umwandlung von Brotgetreide in Schnaps und Betriebsstoff überflüssig zu machen geeignet ist. Jeder „vernünftig" denkende Bürger sollte alles einsetzen, um dies zu fördern, da das Verfahren doch eine weitere Stütze des Kapitalismus werden kann. Aber auch hier haben sich Bornierthcit und Geldgier verbunden, um dem Fortschritt (wohlverstanden: Fortschritt zur Stütze der Profitwirtschaft) in die Speichen zu fallen.

In der Großbäckerei der Konsumgenossenschaft Berlin wird zurzeit die Erfindung des italienischen Ingenieurs Andrusiani ausprobiert, dem es gelungen ist, einen Apparat zu konstruieren, mit dessen Hilfe man aus den beim Brotbacken entwichenen Dampfschwaden Alkohol gewinnen kann. Diese Erfindung wurde vor einigen Tagen vor einer Kommission von Interessenten vorgeführt, wobei verblüffende Erfolge erzielt worden sein sollen. Allgemeines Betremden erregte es jedoch, daß sich auch Vertreter der Steuerbehörde eingefunden hatten, die bereits fünf Stunden vor Inbetriebnahme der Apparate erschienen waren und verlauten ließen, daß der italienische Erfinder und die Betriebsleitung verhaftet werden müßte, da die Anlage eine — Geheimbrennerei darstelle (obwohl seit einigen Tagen die gesamte Tagespresse ganze Seiten darüber schreibt). Schließlich mußte erst der Direktor des Zollamtes davon in Kenntnis gesetzt werden, daß es sich lediglich um einen Versuch und um die Ausprobierung einer bedeutenden Erfindung handele. Dem Erfinder Andrusiani wurde dann erst die Erlaubnis erteilt den Apparat in Anwesenheit der Zollbeamten ein einziges Mal in Tätigkeit treten zu lassen. Der Apparat soll dann auch sehr gut funktioniert haben und fast ein volles Liter hochprozentigen Alkohol erzeugt haben. Die Beamten der Steuerbehörde versiegelten hierauf die Apparate und beschlagnahmten den gewonnenen Spiritus.

6. Jahrg. Nr. 78

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

September 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

# „Die rote Arbeiterherrschaft im roten Hause"

## Ein neues Wahlmanöver der KPD.

Schon heute beginnt die gesamte Presse des Bürgertums, des sozialdemokratischen Kleinbürgertums bis zur „Roten Fahne" der KPD. die Massen für den nächsten Wahlrummel am 25. Oktober zu verdummen. Auf diesen Tag sollen die Sessel des Berliner Stadtparlaments von neuem verlost werden. Wie die fanatischen Volksmassen um das große Los bei der Lotterie, so reißen sich heute schon die Parlamentsparteien um den Vorrang bei der Verteilung der Stadtverordnetensessel. An der Spitze des illusionären Wahlgeschreies steht heute schon wieder die KPD. Sie verspricht den Arbeitermassen in den leuchtendsten Farben, woran sie selbst nicht glaubt. Nichts gibt es, woran sie ihre praktische Zukunftsarbeit im Parlament nicht anknüpft, um die Arbeiterklasse auf diesem Wege aus der Misere der kapitalistischen Verhältnisse „zu befreien".

Keine Misere entgeht ihr aus dem Gesamtniveau, wogegen sie nicht das Allheilmittel der Kommunistenwahl anpreist. Letzten Endes machen das ja alle anderen Parteien auch. Sie hat aber dabei den Vorzug, daß sie bis jetzt noch nicht durch die Praxis bewiesen hat, was sie den Massen vormacht, während fast alle anderen Parteien schon am Ruder waren und mehr als einmal in der Praxis abgewirtschaftet haben. Sie haben sich auf den Boden der „Tatsachen" gestellt, während die KPD. auf dem besten Wege dazu ist. Auf dem Boden des tatsächlichen Reformismus steht sie ja schon, wenn sie auch immernoch vom Klassenkampf spricht. Der Verrat der Sozialdemokratie hat diesen Begriff soweit degradiert, daß er aus den Begriffen des Proletariats durch tausenderlei Illusionen verdrängt wurde. Wie bei der Sozialdemokratie, so ist es auch hier zur begriffslosen Phrase geworden.

Ihre kommende Wahlpropaganda hat sie durch ihren Einheitsfrontrummel und die damit verbundene Rußlanddelegationen diplomatisch genug eingeleitet. Sie hat ihrem ersten Wahlaufruf in der „Roten Fahne" vom 1. Oktober wirklich „Kopf" und „Schwanz" gegeben, indem sie in der Propaganda mit dem „Arbeiterstaat" Rußland und dem Koalitions-Antrag an die SPD. ein wunderbares Bündel schmackhafter Illusionen zusammenfaßte:

„Hier im Kapitalismus Sklaverei, Unterdrückung, Ausbeutung, Not, Elend, Verfall und Zusammenbruch, neue Kriegsvorbereitungen, neues Verderben und Tod."

schreibt sie, und weiter:

„Dort das befreite Proletariat Sowjetrußlands, das durch eigene Selbstverwaltung durch die proletarische Klassenherrschaft das russische Millionenvolk der Freiheit, dem Wohlstand und der Existenzsicherheit entgegenführt."

Mit diesen letzten Illusionen glaubt sie, gestützt auf die falschen Berichte der „sozialdemokratischen Arbeiterdelegierten" die graue Wirklichkeit des Kapitalismus verschleiern zu können, indem sie dem bestehenden Staat allerlei Verbesserungen aufpropft. Sie verspricht, den Kapitalismus auch ohne Revolution im Interesse des Proletariats ändern zu können. „Die städtischen" Hafenanlagen wurden in die Hände ausländischer Privatkonzerne übergeben. Des weiteren wurden 8000 Straßenbahner unter Tariftruch aufs Pflaster geworfen." Die KPD. kann helfen, d. h. wenn sie gewählt wird. Sie erklärt zwar nicht, warum die Hafenanlagen an ausländische Kapitalisten gegen ungeheueren Profit abgegeben wurden. Eben weil der Kapitalismus auch im Staat oder der Stadt Berlin verankert liegt, und dieser seine Gewinnungsquellen nicht an schöne Augen, sondern an den Zahlungsfähigsten, profitsichersten Unternehmer abtritt. Die KPD. weist aber auf Rußland hin, wo der Staat ein Teil der Betriebe besitzt, sie sagt aber nicht, daß es sich hierbei auch nur um einen gewissen Staatskapitalismus handelt, auf den die Stadt Berlin verzichten müßte, daß von Kommunismus keine Rede sein kann. Sie verspricht aber den 8000 Straßenbahnern im Kapitalismus wieder Beschäftigung, oder wenigstens die berechtigte Unterstützung, die Ansprüche auf Ruhegehalt, die der bankerotte Staat nicht zahlen konnte. Wie sie dies verwirklichen will, davon spricht sie nicht, etwa durch den kapitalistischen Aufbau? Sie verspricht aber noch mehr, denn der kapitalistische Staat hinkt an allen Beinen. **„200 000 Wohnungssuchende sind in Berlin und 50 000 sollen exmittiert werden, weil sie die 82 Proz. Friedensmiete nicht zahlen können."** Glaubt die KPD. etwa besser aufbauen zu können, damit genügend Wohnungen vorhanden sind, oder will man den Bestimmenden im Staat, der Bourgeoisie, zumuten, freiwillig auf die Miete zu verzichten, d. h. auf ihren Profit, oder gar im Interesse der wohnungssuchenden Lohnsklaven, die 10—20 Zimmerwohnungen zu räumen? Es ist naiv dumm, so zu denken! — und gemeiner Betrug, so etwas zu versprechen.

**„Von 80 000 Arbeitern hat der Staat 20 000 entlassen"** — um die Ausgaben zu verringern. **Die übrigen 60 000 müssen mehr als die frühere gesamte Arbeit leisten, denn die gesellschaftlichen Bedingungen haben sich erweitert."** Es ist ein Unsinn zu glauben, was die KPD. mit ihrer Wahl verspricht, dieses kapitalistische Prinzip, das aus der Krise bestimmt ist, ohne das gesamte System zu ändern; vielleicht durch einen guten Ratschlag, damit 20 000 wieder Arbeit haben. Ebenso illusionär ist es, die Ernährungsfrage, die Wohlfahrtseinrichtungen oder das Schulwesen innerhalb des bestehenden kapitalistischen Profit- und Herrschaftssystems im Interesse des Proletariats zu ändern. Die „R. F." am 1. Oktober schreibt:

**„An all den wenigen Beispielen ersieht ihr, daß die heutige städtische Verwaltung unter der bürgerlich-sozialdemokratischen Herrschaft lediglich eine Verwaltung im Interesse eurer Klassenfeinde, im Interesse der Besitzenden, im Interesse der Bourgeoisie ist. Wenn diese Zustände und Verhältnisse in der Stadt Berlin wirklich und grundsätzlich beseitigt werden sollen, so kann dies nur geschehen durch den Sturz der herrschenden Gesellschaft und durch die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse."**

Wobei zu sagen wäre, daß nicht die bürgerliche, sozialdemokratische oder kommunistische Interessenvertretung im Parlament das bestimmende der herrschenden Gesellschaftsordnung ist, sondern das gesamte Wirtschaftssystem. Wenn die KPD. weiter sagt: —

„Deswegen daß das erste und vornehmste Ziel bei dieser Wahl sein Schwächung und Aufreibung des Anhanges der bürgerlichen Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen und Schaffung einer starken **kommunistischen Rathausfraktion, die allein die Gewähr** bietet für die wirksame Vertretung der Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung,"

so beweist das ihr bewußtes Betrugsmanöver am Proletariat, daß in folgender Einheitsfront weiter charakterisiert ist:

„Um den Sozialdemokraten den bisherigen Vorwand zu nehmen, daß sie die bürgerliche Sklavenpolitik mitmachen müssen, weil die Rechtsparteien im Rathaus in der Mehrheit sind, und um den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, daß wir keine Arbeiterstimmen zugunsten der Rechtsparteien verlorengehen lassen wollen, schlagen wir den Sozialdemokraten **und der USPD. vor, mit uns gemeinsam die Reststimmen zu sammeln durch eine Listenverbindung dieser drei Parteien."**

Also Arbeitsgemeinschaft mit den gemeinsten Sozialverrätern. Mit denselben, die sie fünf Zeilen vorher noch als Verbrecher am Proletariat und wie sonst bezeichnet hat. Koalition mit den Henkersknechten der Bourgeoisie, die das Proletariat in 7 Jahren Republik niederkartätschen ließen, mit der SPD., die den Mord an Liebknecht, Luxemburg und tausend der besten Klassenkämpfer auf dem Gewissen hat. Hier will sie mit ihnen ihnen Brüderschaft machen, um ein paar Ministersessel zu retten, obwohl sie sich tagtäglich auf Luxemburg und Liebknecht beruft. Der gemeinsamste Klassenverrat der KPD. deckt sich wieder einmal selbst auf.

Nach so viel Jahren praktischer Erfahrung über den Parlamentarismus, sieht heute das Proletariat vor der Aufgabe, einmal den Bann der Illusion, der geistigen Ohnmacht zu zerreißen. Die Phrase der KPD.:

**„Nieder mit der Bourgeoisieherrschaft in Berlin!**
**Nieder mit der Profitwirtschaft in Berlin!**
**Nieder mit der Versklavung und Ausbeutung in Berlin!**
**Gegen Schwarzweißrot und gegen Schwarzrotgold!**
**Für die rote Arbeiterherrschaft im Roten Hause!"**

wird dem Proletariat nie eine Befreiung geben. Die Herrschaft des Kapitalismus wird so wenig im Parlament, wie in Berlin erledigt. Selbst die besten Versprechungen bringen nicht einen Schritt in der Befreiung der Arbeiterklasse vorwärts. Das Proletariat betrügt sich selbst, wenn es dem Glauben schenkt. **Die Wege der proletarischen Klassenbefreiung liegen im Antiparlamentarismus, im Programm der KAP. und AAU. Sie liegen in der Beseitigung aller Illusionen und in der Durchführung der proletarischen Revolution.**

**Kommunistische Arbeiter-Partei**
**Ilgem. Arbeiter-Union. — Komm. Arb.-Jgd.**

Freitag, den 9. Oktober 1925, abends 7 Uhr:
in Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24
u. Fortuna-Säle, Strausbergerstr. 3
am Landsberger Platz.

Thema:

**Unsere Stellung zur Rußland-Delegation.**

Rußland-Delegierte und Genossen der KPD. sind besonders eingeladen.

**Arbeiter erscheint in Massen!**

## Tschitscherin in Deutschland

Wie in Polen, so ist Tschitscherin auch in Deutschland glänzend empfangen worden. Die DAZ. tat es sich zur Ehre, ihm ein gutes Zeugnis für seine diplomatische Eigenschaft sowie für seine politische Tätigkeit auszustellen. Im allgemeinen wird dieser „Erholungsreise" ein hochpolitischer Charakter zugemessen. „Die Etappen Warschau—Berlin der Reise Tschitscherins sind ein Vorweiser für die kommende Konferenz in Locarno, wenn dort aufrichtig das Ziel der Befriedigung Europas gesucht wird." So schreibt die DAZ. zum Empfang in Berlin, und man kann diesen Zeilen schon eine gewisse politische Bedeutung beimessen. Hinter diesen Zeilen steckt die gewisse Anregung auf der Ministerkonferenz, ein gewisses Koalitionsrecht nach Osten zu wahren. Von der DAZ. wird weiter kombiniert, daß Tschitscherin wahrscheinlich nach Italien weiterfahren werde, und daß man wahrscheinlich einen deutsch-russisch-italienischen Dreibund gegen die Entente plane, um somit den Garantiepakt zu verhindern. (Man darf diese Kombination aber noch in Frage stellen. D. Red.) Viel wahrscheinlicher ist der diplomatische Zug, der aus den Zeilen der „Roten Fahne" hervorblickt. Danach ist eine nähere Verbindung mit Frankreich, evtl. auf der Grundlage der Schuldenverhandlungen geplant. Die „R. F." schreibt: „Von manchen Seiten werden in den letzten Tagen Gerüchte über einen russisch-französischen Ausgleich in der Frage der Schulden verbreitet. Wir können die Richtigkeit dieser Gerüchte nicht nachprüfen, wenn es aber der Sowjetunion gelingen würde, die englisch-französische Einheitsfront gegen Moskau zu zerschlagen, so wäre das für das Weltproletariat von großem Vorteil."

D. h., wohl weniger von Vorteil für das Weltproletariat, als für die Fragen des russischen Aufbaues, für die Handelsbeziehungen mit den übrigen kapitalistischen Staaten.

Die Aufnahme von Seiten der deutschen Regierung war die beste und mit den üblichen diplomatischen Festlichkeiten begleitet. Es ist ja nicht die Verständigung zwischen dem „russischen Arbeitervertreter" und dem deutschen Proletariat, sondern zwischen zwei Staaten, nach kapitalistischer Art. Das Proletariat ist nur dazu da, um die Politik des russischen Staates demonstrativ zu unterstützen.

## Amerika kauft deutsche Streikbrecherkohlen

In Amerika streiken seit Anfang September die Bergarbeiter. Das amerikanische Kapital ist in Schwierigkeiten. Der Präsident der großen amerikanischen Kohlenfirma Burns Brothers, New York, Gaulers A. Wertheim befindet sich auf einer Europatour, um Streikbrecherkohle zu kaufen. Er hat Abschlüsse getätigt auf eine monatliche Lieferung von 50 000 Tonnen englischer Kohle aus Wales und auf 250 000 Tonnen deutscher Ruhrkohle. Die deutschen Kohlen werden wahrscheinlich per Schiff nach Emden oder über Holland gehen. Wieheim letzten amerikanischen